

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Infectionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ** Frankfurt a. M. Constituirende Versammlung. * Frankfurt a. M. Constituirende Versammlung. S Frankfurt a. M. Der Präsident. ° Frankfurt a. M. Berichtigung. † Dresden. Landtag. O Leipzig. Bekanntmachung. Feuer. O Leipzig. Deutscher Verein. B Leipzig. Volksversammlung. München. Die Gesetzgebungsausschüsse. Ragenmüßig. Die Freicorps. † Hannover. Der Landtag. Hannover. Landtag. — Badische Bauernagitation. — Die Vorgänge in Schleswig-Holstein. O Weimar. Constitutionelle Versammlung. † Altenburg. Die Parteien. Oldenburg. Die Kruppen. Wiesbaden. Synoden. Aus dem Bückeburgischen. Finanzwesen. * Frankfurt a. M. Der Handwerkercongr. Das Banthaus Jäger. Hr. v. Rothschild. Bremen. Kanonenboot.

Handel und Industrie. Ankündigungen.

Deutschland.

** Frankfurt a. M., 22. Jun. *) Die heutige Sitzung der Constituirenden Versammlung begann um 4 Uhr. Zuerst referirte Abg. Zacharia über den Antrag der Abgg. Vogt und Zimmermann in Betreff des diplomatischen Verkehrs der deutschen Staaten und beantragte Tagesordnung. Dann wurde eine Interpellation des Abg. Vogt über das Verhältniß Frankreichs zu Deutschland bis nach der Berathung über die Centralgewalt vertragen. Abg. Cassault spricht für einen fürstlichen Präsidenten, von den Fürsten gewählt, mit Veto und Vertretung der Einzelstaaten; Abg. v. Dieskau für eine provisorische Regierung von fünf Mitgliedern aus der Mitte der Constituirenden Versammlung gewählt, Abg. v. Wydenbrug für einen Präsidenten von den Regierungen vorgeschlagen und von der Constituirenden Versammlung gewählt, Abg. Benedey für einen Präsidenten. (Postabgang.)

* Frankfurt a. M., 21. Jun. Im Beginne der heutigen Sitzung der Constituirenden Versammlung verlangte nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung der zur äußersten Linken gehörige Abg. Schilling das Wort; er meint, in dem Protokolle solle auch der allgemeinen Heiterkeit erwähnt werden, welche gestern dem Antrage eines Mitgliedes auf Uebertragung der provisorischen Centralgewalt auf die Krone Preußen gefolgt sei; denen, die nicht hier zugegen gewesen, müsse man doch zeigen, wie dieser Vorschlag von der Versammlung aufgenommen worden (Gelächter); denn wenn auch keine Abstimmung stattgefunden, so sei doch diese allgemeine Heiterkeit eine Art Abstimmung gewesen. (Gelächter.) Der Präsident: Er müsse dem Redner bemerken, daß Heiterkeit noch keine Abstimmung sei. Abg. Schilling zieht seinen Antrag zurück. Ein Mitglied des Marineauschusses verliest das Verzeichniß der vom 5. bis zum 20. Jun. dem Ausschusse zugekommenen patriotischen Beiträge für eine deutsche Marine; sie belaufen sich auf 2258 Fl. 21 Kr., worunter 500 Fl. von den Deutschen in Neapel und 26 Fl. von den Deutschen in Basel-Land. Es folgt Berichterstattung des Ausschusses für die deutsch-slawische Frage. Abg. v. Beisler: Der Ausschuss habe sich noch gestern Nachmittag versammelt, um die in Folge der Vorgänge von Prag gestellten Anträge zu prüfen; im Ausschusse habe sich eine noch lebhaftere Theilnahme als gestern in dieser Versammlung selbst in Betreff der prager Vorgänge kundgegeben; denn mehrere seiner Mitglieder seien durch innige Bande an Prag geknüpft, und eins seiner Mitglieder solle sogar seinen Vater unter den Opfern jener Schreckensereignisse zu beklagen haben; der Ausschuss habe bei reiflicher Prüfung der Verhältnisse in Betreff Prags sowol wie in Betreff der österreichischen Regierung Bedenken finden müssen, die Anträge zu befürworten, welche sofortiges Einrücken von Bundesstruppen in Böhmen verlangten, denn es mangle noch an zuverlässigen Aufschlüssen über die jetzige Bedeutsamkeit und Ausdehnung des Aufstandes und an zuverlässigen Angaben über die Mittel, welche der österreichischen Regierung im Augenblick in Böhmen zur Verfügung ständen; eine vorschnelle Hülfe könne einen Bürgerkrieg dort erst hervorrufen; ein vorschnelles Einschreiten könne das Ansehen der Regierung gefährden; wahrscheinlich werde diese selbst die Mittel haben, den Aufruhr zu dämpfen und die Ordnung wieder herzustellen; ferner trete die Erwägung ein, daß der Bundestag bereits Maßnahmen getroffen habe, die zureichend scheinen, da die Nachbarländer schnelle Hülfe, wenn sie

verlangt würde, bringen könnten und sicher auch bringen würden; die Majorität des Ausschusses beantrage demnach: „Die Nationalversammlung wolle erklären, daß durch die von der Bundesversammlung getroffenen Einleitungen bereits das Nöthige geschehen sei und daß die Nationalversammlung der österreichischen Regierung die etwa erforderliche kräftige Unterstützung gewähren werde.“

Der Präsident: Der Bericht wird gedruckt werden. (Mehrere Stimmen: Gleich berathen!) Nach der Geschäftsordnung kann erst 24 Stunden nach Bertheilung des gedruckten Berichts die Discussion erfolgen. Oder soll eine Ausnahme stattfinden? (Die Versammlung verneint es mit großer Majorität.) So gehen wir für heute zur Tagesordnung über. Die Tagesordnung ist: Fortsetzung der Berathung über Errichtung einer provisorischen Centralgewalt in Deutschland. Abg. Degenkolb: Der Gesinnung nach gehöre er zur Republik; die Zukunft Deutschlands neige zu dieser Staatsform; er stehe aber nicht auf dem Standpunkte, der die Mittel gutheisse, welche ergriffen werden müßten, wenn man jetzt die Republik verwirklichen wollte; diese Mittel könnten nur in die Kategorie von Dem fallen, was Hochverrath heiße; nie könne man eine Republik anstreben, wenn es an Republikanern fehle; zum wenigsten fehlen in Deutschland noch die republikanischen Tugenden; die große Mehrzahl der deutschen Nation wolle nicht die Republik, und wer wolle da einen Bürgerkrieg wollen? er zum wenigsten weise die Theilnahme an der Verantwortlichkeit, zu einem solchen Ereignisse beigetragen zu haben, weit von sich; sein Mandat laute, er solle den Frieden zurückbringen; doch wolle er ihn nicht zurückbringen zum Preise einer Aufgebung der geistigen Errungenschaften; er sei kein Fanatiker der Freiheit, aber auch kein Fanatiker der Ruhe; die Volkssouverainetät, aus welcher diese Versammlung hier hervorgegangen, und die vor vier Wochen hier von dem Präsidentenstuhle herab verkündet worden, müsse hier gewahrt werden, dürfe nicht ein leeres Wort bleiben; deshalb stimme er gegen den Ausschusantrag; was die Constituirende Versammlung gebe, müsse rasch und stark gegeben werden; er stelle den Antrag: „Die Nationalversammlung wähle aus ihrer Mitte einen Präsidenten und schlage ihn den Regierungen vor; erfolge binnen acht Tagen keine Rückantwort, so gelte das Stillschweigen als Genehmigung; der unverantwortliche Präsident ernenne die der Nationalversammlung verantwortlichen Minister;“ 34 Fürsten würden sich wol eher der Nothwendigkeit unterwerfen, als 45 Mill. Menschen annehmen, was 34 Männer anbieten, denen sie kein Vertrauen mehr schenken.

Abg. Jordan: Er vergleiche nicht den ganzen Ausschuss, aber doch die Majorität des Ausschusses mit jenem Archimedes, der sich vertieft habe im Grubeln über die verwickelten Künste seiner Wissenschaft, um wo möglich ein ganzes Neues zu schaffen, während der Feind die Mauern stürzte und diese zusammenstürzten; die Männer der Stabilität hätten sich vertieft in Grubeln über das alte historische Recht, sie, die Wähler des Mittelalters, um ein Mittel zu finden zur Schirmung der Bollwerke; es nützte aber nichts; die Bollwerke wurden erstürmt; dem Werke von Gottes Gnaden wurde ein Ende gemacht durch die Barricaden; die Stablen hörten nicht; sie wollten nicht hören; noch einmal geschehe ein Versuch, sie zu wecken; man rufe ihnen zu: „Wachet auf, das Vaterland ist in Gefahr;“ aber sie haben keine andere Antwort als jener Archimedes, als der vernichtende Feind hereinstürzte: „Bertritt mir meine Figuren nicht;“ die Verfasser und Bertheidiger des Ausschusses kommen ihm vor wie Archimedes; sie suchen einen Punkt, von dem aus sie die ganze junge Welt wieder bei Seite schieben könnten; der Ausschussbericht sei nicht ein Keim, aus dem sich das Leben entwickle, sondern ein Keim der Zerstörung; der ganze Entwurf sei durch ein Gespenst dictirt: durch die Furcht vor der Republik; er (der Redner) sei für den Blum-Trübshler'schen Antrag; er erkenne an, daß die Einführung einer Republik in ganz Deutschland jetzt nicht möglich sei; ein Versuch der Art würde jetzt eine Calamität sein; aber die Herstellung einer republikanischen Spitze scheine ihm möglich; ein republikanischer Gesamtstaat könne auch von constitutionell-monarchisch Gesinnten anerkannt werden; Deutschland sei ja, durch die Bundesverfassung, schon seit dreißig Jahren eine Gesamtrepublik gewesen, wenn freilich eine höchst erbärmliche. Der Redner geht nun den Ausschusantrag Punkt für Punkt mit spottender Kritik durch; er verlangt vornehmlich, daß Die, welche sich an die Spitze der deutschen Nation gestellt sehen wollen, sich einer öffentlichen Discussion unterzie-

*) Vorläufiger Bericht.

hen; der Kaiserstaat übrigens sei todt und könne nicht mehr wieder aufgeweckt werden; und was die proponirte Dreieinigkeits anlange, so scheine sie eine zweideutige Dogmatik zu sein; Abg. Pagenstecher habe von einer rechten Mitte gesprochen, welche von der Constituirenden Versammlung aufgestellt werden müsse, von einer rechten Mitte zwischen Anarchie und Absolutismus, und dies sei die constitutionelle Monarchie; er aber (Jordan) sei der Ansicht, daß, wenn Absolutismus und Anarchie überhaupt zeugungsfähig seien, sie nur eine Mißgeburt zu Tage fördern könnten; an dem Tage, wo man eine solche Centralgewalt beschliesse, wie die Majorität des Ausschusses sie vorschläge, sei die zweite Revolution proclamirt; wie könne man den Bundestag auch nur noch bei dem Provisorium beibehalten wollen; es gebe Institutionen, die verhaßt bleiben, wie man sie auch modificire, welche Männer man auch hineinbringen; eine so verhaßte Institution sei die Inquisition, die Censur gewesen, eine so verhaßte Institution sei (er möchte gern sagen war) der Bundestag; freilich gebe es Männer, die sich eine so wunderbar heiligende Kraft zutrauen, daß durch ihren Eintritt eine verhaßte Institution in eine geliebte umgewandelt werden könnte, wie Rafael mit einem einzigen Pinselstrich ein weinendes Gesicht in ein lachendes umwandelte; es gebe Männer, die glauben, daß jetzt die Revolution fertig sei, weil nun der weltgeschichtliche Moment eingetreten, wo sie Bundestagsgesandte geworden (der Präsident ermahnt, Persönlichkeiten zu vermeiden), er stelle hier bloß Kategorien auf; Abg. Bassermann habe gesagt, jetzt ständen an der Spitze der deutschen Regierungen die Antipoden der gestürzten Willkürmänner; es gebe aber Leute, die zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen ihre eignen Antipoden würden; Abg. v. Beckerath habe von Mirabeau gesprochen; es könne aber gefragt werden, ob er den Mirabeau gemeint, welcher gesagt: „Wir sind hier in Kraft der Souverainetät des Volks und weichen nur der Gewalt der Bayonnete,“ oder jenen Mirabeau, der in übermäßigem Dünkel gewähnt habe, die Revolution rückgängig machen zu können, und der an sich und an dem Vaterlande zum Schurken und zum Verräther geworden sei; die Zeit sei vorüber, wo sich der Mensch durch etwas Anderes bestimmen lasse als durch die Gesetze, die in sein Herz geschrieben seien; er werde die staatlichen Besonderheiten verteidigen, wenn man sie zu Gunsten einer Einen und untheilbaren Republik oder zu Gunsten eines aus der Kumpelkammer hervorgeholten Kaisers würde vernichten wollen. Der Redner schließt mit den Worten: „Man sagt uns, nehmen wir den Entwurf an, so schließt sich der Schlund der Revolution;“ aber ich sage: „nehmen wir den Entwurf an, so wird die Kluft der Revolution noch größer;“ eine berstende Mauer wird nicht mit Papierstreifen zusammengehalten. Es kommt, was da kommen soll. Quod medicamenta non sanant, ferrum sanat.

Abg. Flottwell: Der Redner vor ihm hätte doch auch erwähnen sollen, daß derselbe Archimedes mit seinen Brennsiegeln die feindliche Flotte zerstört habe; wie man auch früher über den Bundestag gedacht, die patriotischen Gesinnungen der jetzigen Mitglieder des Bundestags müßten anerkannt werden; diese Männer hätten selbst in dieser mangelhaften, todgeborenen Institution in den letzten Monaten mit nützlicher Wirksamkeit Gutes gethan; der Bundestag könne jetzt nicht aufgelöst werden durch einen bloßen Spruch dieser Versammlung, es würde dies weder staatsrechtlich begründet noch politisch klug sein, sondern höchst bedenklich; die Bundesacte umfasse das ganze völkerrechtliche Verhältnis Deutschlands zum Auslande, sie könnte nicht ohne eine feierliche Zustimmung sämtlicher Fürsten aufgehoben werden. Der Redner spricht auch dagegen, daß der Versammlung die Entscheidung über Krieg und Frieden zustehen solle. Abg. v. Lindenau: Das vermittelnde Princip müsse aufrechterhalten werden, damit Einheit und Frieden hergestellt werde; der Knoten dürfe nicht zerhauen werden, wir wollen ihn mit ruhiger Hand entwickeln; er glaube, daß dies geschehen könne durch einen Vermittelungsvorschlag, den er stelle, nämlich das provisorische Bundesdirectorium solle bestehen 1) aus drei Männern, die von den deutschen Bundesregierungen (einer von Oesterreich, einer von Preußen, einer von den übrigen Staaten) erwählt würden, 2) aus drei Männern, die von und aus der Mitte der Versammlung mit absoluter Majorität gewählt würden, und 3) aus einem von der Versammlung durch absolute Majorität zum Präsidenten zu erwählenden, nicht souverainen Mitgliede eines zum Deutschen Bunde gehörigen Fürstenhauses; diese sieben Personen bilden das Bundesdirectorium mit den von der Majorität des Ausschusses beantragten Befugnissen; sie haben selbständig zu handeln und würden für ihre Handlungen der Versammlung solidarisch verantwortlich sein. Der Redner mag die abgelebte und auch dem deutschen Rechtsboden nicht gemäße Fiktion der Unverantwortlichkeit nicht mehr zulassen; große Macht lege auch große Pflichten auf; jetzt, wo der Volkswille an die Stelle des göttlichen Rechts getreten sei, könne kein Unterschied mehr zwischen den Personen gemacht werden.

Abg. Eisenstud: Er stehe nicht auf dem Boden der politischen Dogmatik, nicht auf dem Boden des politischen Factionsgeistes. Was die Frage anlange, wie die Centralgewalt gewählt werden solle, so wolle

er sich auf das Bestehende stützen; wir seien nicht gekommen, umzuwerfen, sondern aufzubauen; dieser bestehende Boden datire von den Märztagen, er sei anerkannt von den Regierungen selbst; die Bewegung habe noch nicht aufgehört in Wien und in Berlin, weil das Volk uns noch nicht zutraue, daß wir entschieden fortbauen würden an dem Baue der Neugestaltung des Vaterlandes; die Wahl der Centralgewalt könne deshalb von Niemandem anders ausgehen als von der Constituirenden Versammlung, dem Organe des souverainen Volks; zieme es dieser hohen Versammlung, vor ihrer Machtvollkommenheit zu erschrecken? Seien die Fürsten, der Bundestag jemals vor ihrer Macht erschrocken? Gebe die Versammlung den bestehenden Boden auf, so proclamire sie die Revolution, anstatt sie zu beseitigen. Der Redner ist für einen Vollziehungsausschuß, der nur die Beschlüsse der Versammlung zu vollziehen habe. Er fährt dann fort: Auch die sociale Frage müsse alsbald vorgenommen werden; wenn man mit ihrer Lösung warte, bis das Verfassungswerk vollendet sei, dann werde man vielleicht ein freies Volk geschaffen haben, dieses aber halb verhungert und verkrüppelt sein; man reformire sofort die indirecten Steuern, welche die ersten Lebensmittel besteuern, man gebe das preussische Zollsystem auf, diesen Alp, der auf 25 Millionen Menschen laste. Abg. Röring: Neun- und zwanzig Redner haben gesprochen, noch 130 habe man zu hören; er habe einen ganzen Bogen voll Notizen vor sich, auch er würde viele Phrasen machen und viele lustige Luftballons aufsteigen lassen können; aber er sei abgekühlt worden durch den Jordansfluß einer Phrasenheterik (Gelächter); mehrjähriger Aufenthalt in der großen Republik der Vereinigten Staaten habe ihm einige Einsicht in die Frage von der Republik gegeben; Männer mit grauen Haaren haben die nordamerikanische Verfassung gemacht, Sittenstrenge, reiner Sinn, Selbstüberwindung seien an der Wiege der nordamerikanischen Freiheit gestanden; wenn er solches einmal in Deutschland sehe, dann werde er auch in Deutschland die Republik begrüßen; die Versammlung sei hergesendet, die Einheit, Größe und Macht des Vaterlandes zu schaffen durch eine starke Verfassung durch eine starke Centralgewalt; der Redner meint, daß nicht durch den Ausschusshantrag, nicht durch Das, was die Linke wolle, eine starke Centralgewalt geschaffen werde, sondern nur durch die Uebertragung dieser Gewalt auf drei Fürsten; doch möge man den Ausdruck Bundesdirectorium streichen und etwa oberste Reichsstatthalterei sagen; vom Bunde wolle er nichts mehr wissen.

Abg. Schaffrath: Der Ausschussbericht, wenn er auch aus einer so berühmten Feder geflossen, sei unausführbar; die Ideen herrschen, die ewigen Grundsätze der Wahrheit, nicht mehr die Bayonnete; die Wahrheit könne nicht todtgeschossen werden; die Beschlüsse der Constituirenden Versammlung würden sicher nicht verlacht werden; z. B. wenn sie eine Steuer, die Feudallasten aufhebe, Niemand mehr werde dann die Steuer noch bezahlen und sich diesen Lasten noch fügen. Er erklärt sich für den Blum-Trübschler'schen Antrag, weil dieser die Souverainetät wahre, die, seitdem die Welt steht, bei dem Volke gewesen sei. Er unterzieht den Ausschussbericht einer scharfen Kritik und ermahnt die Versammlung, sie möge sich nicht anmaßen, der Bewegung der Zeit einen Damm entgegenzustellen. Abg. Schoder empfiehlt mit großer Wärme einen Vermittelungsvorschlag, der so gehalten sei, daß alle Parteien beitreten könnten; denn durch ihn würde dem Principe der Volkssouverainetät nichts vergeben und den bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen; der Vorschlag gehe dahin: die Constituirende Versammlung solle den Präsidenten ernennen, man solle übrigens den Fürsten gestatten, sich vorher hören zu lassen und einen Vorschlag in Betreff der Candidaturen binnen einer bestimmten Frist zu machen. Abg. v. Weisler: Das Volk habe die Herrschaft der Willkür gebrochen, sei aber achtend stehen geblieben vor der Herrschaft des Gesetzes; es sei aufgetreten gegen Die, welche die Herrschaft des Gesetzes angreifen wollten; auch er kämpfe gegen die Willkür, von welcher Seite sie komme; er wolle das Recht, Die Freiheit, aber nur in den Schranken des Gesetzes; jetzt würden Die Reactionaire genannt, welche von 1814 an ein Lebensalter hindurch gekämpft, um die Freiheit zu erringen, die nun siegreich dastehen, jene Männer, die für die Freiheit gekämpft, als ihnen nicht Ehren, nicht Würden, nicht der Beifall der Galerien winkten, als ihnen nur die Thür des Gefängnisses winkte (lebhafter Beifall); und diese Männer wolle nun ein junger Enthusiasmus als nutzlos und veraltet hinstellen; er warne aber diesen jungen Enthusiasmus, daß er die Erfahrung mehr berücksichtige; fortgesetzte Agitation vernichte nur des Volkes Freiheit, Ordnung und Wohlstand; die Agitation sei nicht mehr nöthig, es gebe keine Reaction mehr (Widerspruch auf der Linken), keine Reaction mehr gegen die errungenen Freiheiten, sondern nur gegen die Anarchie. Abg. v. Weisler theilt die Ansicht, daß die Centralgewalt Personen aus fürstlichen Häusern übertragen werden solle; dadurch werde dem Ehrgeize, den häufig nur niedrige Leidenschaften treiben, der Weg abgeschnitten; der bei weitem größere Theil des Volkes hege noch Pietät für die Fürsten, und die Regierungen würden auch geneigter sein, Folge zu leisten. Er erklärt für den Ausschusshantrag zu stimmen im Interesse des gemeinsamen großen Vaterlandes. Abg. v. Winde: Sein Standpunkt sei der des

Rechts-
ten gen-
lächter)
Eiland
hergesa-
auch d-
dent er-
daß er-
Mitglie-
Kind-
ein sehr
schen a-
das Zif-
Galerie
großer
Vaterla-
Spitze
Krone
kann. W-
heit sich
Redner
der con-
tionalver-
gewalt
beifende
unter An-
verweige-
nische S-
ein sehr
bezahlen
ganz un-
blit gesp-
beiten zu
er nicht
kommen
von Hun-
auf die
Skaven
genden
nigstens,
nachweise-
dern gan-
monarchif-
chen; ab-
er meine
spielerinn-
ehrenwert
männer d-
dere Red-
lichkeit au-
ment eine
sprechen,
so übertri-
die außer-
lution, m-
gar vorge-
Theater.
sident: D-
Ordnung
und wolle
(Gelächter)
den er im-
innern: „
sten als
mit der gen-
habe wol-
schen Volk-
Recht, un-
Abg.
republikan-
nicht genü-
mittelungs-
sein; war-
45 Million
visorische
Mißbrauch
habe fertig
Regieren e-
theile einig
fühlt der

Rechtshodens, und zwar des Rechtshodens, den man einen durchlöcher-ten genannt habe, den man jetzt von unten zu durchlöchern suche (Gelächter); er habe aber die Hoffnung, daß dieser Rechtshoden noch das Eiland sein werde, an dem die Anarchie scheitern und zerschellen; er sei hergesandt, nicht bloß die Rechte des Volks zu vertheidigen, sondern auch die der Fürsten (Zischen von der linken Galerie; der Präsident ermahnt die Galerien, ruhig zu sein); er erkläre aufrichtig, daß er das Princip der Volkshoheit nicht annehme, wie das Mitglied von Trier (Simon) es aufgestellt, der gar schon in jedem Kind in der Wiege einen kleinen Souverain erblicken wolle; er und ein sehr großer Theil des preussischen Volks liebe seine Fürsten (Zischen auf der linken Galerie; der Präsident: „Schon einmal habe ich das Zischen unterfagt; wenn es noch einmal vorkommt, werde ich die Galerie räumen lassen.“ Murren auf der Linken); er und ein sehr großer Theil des preussischen Volks liebe seine Fürsten, weil sie das Vaterland groß und mächtig gemacht haben, und weil sie jetzt an der Spitze der Bewegung stehen. „Wir lieben die Monarchie, weil die Krone so hoch steht, weil der niedere Ehrgeiz nicht nach ihr greifen kann. Wir lieben die constitutionelle Monarchie, weil sie die wahre Freiheit sichert.“ Mit mehreren Punkten des Ausschufsantrags erkläre sich der Redner nicht einverstanden, weil sie nach seiner Meinung dem Princip der constitutionellen Monarchie entgegen seien, wie z. B. daß die Nationalversammlung über die drei Mitglieder der provisorischen Centralgewalt abstimmen solle. Der Redner gießt jetzt einen ganzen Strom beißenden Spottes über die Redner der äußersten Linken. Er bemerkt unter Anderm: „Ein ehrenwerthes Mitglied aus Sachsen habe von Steuer- verweigerung gesprochen; er könne aber versichern, wenn die republikanische Spitze da wäre, welche die äußerste Linke schaffen wolle, werde ein sehr großer Theil des deutschen Volkes keinen Thaler Reichssteuer bezahlen; eine Republik in Deutschland halte er in jeder Form für ganz unmöglich; man habe von der Großmuth der französischen Republik gesprochen, die in Paris 80,000 Arbeiter ernähre, anstatt sie arbeiten zu lassen; daß dieses Princip eine Folge der Republik sei, habe er nicht gedacht (auf der äußersten Linken: Zur Sache!); er sei ja vollkommen bei der Sache, denn er spreche gegen die Republik; man habe von Hungern in einem deutschen Lande gesprochen; aber er wolle auf die große Republik in Nordamerika verweisen; gebe es dort keine Sklaven? seien dort nicht auch schon Umstände eingetreten, wo Gegenden von Hungersnoth heimgesucht worden seien? er glaube wenigstens, das beweisen zu können; und er meine, es würde sich auch nachweisen lassen, daß in der Schweiz ebenfalls nicht Einer dem Andern ganz gleich stehe; das ehrenwerthe Mitglied von Leipzig habe von monarchischen Schwächen und von dem Fuße einer Tänzerin gesprochen; aber es könnte angeführt werden, daß auch Helden der Republik, er meine der französischen Republik, sich mit Tänzerinnen und Schauspielerinnen hinlänglich abgegeben hätten (allgemeines Gelächter); das ehrenwerthe Mitglied von Trier habe davon gesprochen, daß Landwehrmänner den Fall des Ungehorsams in Aussicht gestellt hätten, auch andere Redner auf der äußersten Linken hätten mit einer gewissen Behaglichkeit auf angebliche militairische Schwächen hingewiesen; kein Parlament eines andern Landes würde so von dessen Schwächen öffentlich sprechen, wenn sie vorhanden wären, in keinem würden sie aber sicher so übertrieben werden, wie es hier geschehen sei (lebhafter Beifall); die äußerste Linke lasse doch endlich ihre ewigen Drohungen mit Revolution, mit denen sie alle ihre Reden schliesse; es sei ihm einmal dabei gar vorgekommen, als wäre er nicht in der Paulskirche, sondern im Theater. (Auf der Linken stürmischer Ruf: Zur Ordnung! Der Präsident: Dieses Ausdrucks wegen muß ich wirklich den Redner zur Ordnung rufen. Bravoruf.) Er nehme den Ruf zur Ordnung an und wolle das Bild nicht weiter ausmalen, das er im Sinne gehabt (Gelächter); er wolle den ehrenwerthen Abgeordneten aus Berlin, den er im Sinne gehabt, nur noch an ein berliner Sprüchwort erinnern: „Bange machen gilt nicht.“ Der Redner will nur Einen Fürsten als Bundesdirector an der Spitze der provisorischen Centralgewalt, mit der gewöhnlichen constitutionellen Competenz; das österreichische Haus habe wol einen Mann in sich, der die Sympathien des ganzen deutschen Volks für sich haben würde. „Gründen wir unser Werk auf das Recht, und es wird siegen; sonst droht die Anarchie.“

Abg. Claussen: Schon der Dahlmann'sche Vorschlag enthalte eine republikanische Form, scheine aber das Princip der Volkshoheit nicht genügend zu wahren; er erkläre sich für den Schoder'schen Vermittelungsvorschlag; der Präsident brauche nicht gerade ein Fürst zu sein; warum einen wählen aus der kleinen Zahl der Fürsten und die 45 Millionen ausschließen; in seinem kleinen Vaterlande habe die provisorische Regierung seit einigen Monaten schon eine große Menge von Mißbräuchen abgeschafft, über die man mit dem Monarchen früher nicht habe fertig werden können; die Männer aus dem Volke verstehen das Regieren eben so gut wie die Fürsten, oft noch weit besser; die Vorurtheile einiger Stämme würden nicht entscheidend sein können; das Gefühl der Einheit durchdringe alle Staaten, und alle Staaten werden

die Opfer bringen, welche der Geist der Einheit fordern werde. Abg. v. Auerswald erkläre sich für den Ausschufsantrag; die öffentliche Meinung sei nicht für Einen Bundespräsidenten, sondern für drei; er sei überzeugt, daß die Regierungen dieser öffentlichen Meinung Rechnung tragen und nur diejenigen vorschlagen werden, welche dieser öffentlichen Meinung entsprechen. Die Sitzung wird, nachdem Abstimmung hierüber entschieden, aufgehoben und die Fortsetzung der Debatte auf morgen anberaumt.

* Frankfurt a. M., 22. Jun. An der nun schon dreitägigen Debatte der Constituirenden Versammlung über die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt in Deutschland haben bereits mehr als 30 Redner der verschiedenen Parteien und ihrer Fractionen Theil genommen. Die Debatte wird wol noch mehre Sitzungen in Anspruch nehmen; denn wenn auch die Versammlung nicht alle Redner, die eingeschrieben sind (und deren Zahl ist noch mehr als hundert) wird hören wollen, so ist doch nun einmal beim Beginne der Grundfag aufgestellt worden, daß die Discussion eine möglichst ausgedehnte sein solle. Auf die Vorträge von einigen Duzend Rednern wird man sich also wol noch gefaßt machen müssen. Ueber den Ausgang läßt sich jetzt noch keine Rnthmähung mit einiger Bestimmtheit aufstellen, außer etwa die, daß keiner der bis jetzt vorgebrachten Anträge die Majorität erhalten werde. Es sind zwar schon mehre Vermittelungsvorschläge gemacht worden; der rechte scheint aber noch nicht gekommen zu sein. Die verschiedenen Parteisysteme haben sich indeß bereits scharf abgezeichnet. Die äußerste Linke ist entschieden als republikanische Partei aufgetreten; sie will, daß Deutschland die Form eines republikanischen Gesamtstaats erhalte, daß an der Spitze ein republikanischer Vollziehungsausschuß stehe, gebildet ohne alle Theilnahme der deutschen Regierungen, d. h. der deutschen Fürsten; den einzelnen Staaten würde man ihre monarchische Form lassen (die aber bei einer solchen Verfassung bald gebrochen sein würde); denn die Republik, so sagt die äußerste Linke, ist human; auf die Verwirklichung dieses Projects ist der von dem Abg. Ziz und theilweise auch der von den Abgg. Blum und v. Trübschler gestellte Antrag gerichtet. Die Rechte und ein Theil der Centren ist dagegen der Ansicht, daß es den Regierungen zu überlassen sei, die Mitglieder der Centralgewalt vorzuschlagen und zu ernennen, und daß die Mitwirkung der Constituirenden Versammlung bei der Bildung der Centralgewalt bloß darin bestehen solle, ihre Genehmigung für die vorgeschlagenen Candidaten zu erteilen; dahin geht der Antrag der Majorität des Ausschusses, der von Dahlmann verfaßt ist. Die äußerste Rechte behauptet, daß auch diese Mitwirkung der Constituirenden Versammlung wegzufallen habe, als über das Princip der constitutionellen Monarchie hinausgehend. Die von einem Theile der Linken und der Centren bis jetzt ausgegangenen Vermittelungsvorschläge sind darauf basirt: daß den Regierungen die Bezeichnung der Candidaten, der Constituirenden Versammlung aber die Ernennung überlassen werden solle; oder auch: daß die Wahl und Ernennung der Mitglieder der Centralgewalt zum Theil von den Regierungen, zum Theil von der Constituirenden Versammlung ausgehe. Ueber die Zahl der Mitglieder der Centralgewalt weichen die Ansichten selbst unter den verschiedenen Parteien stark von einander ab; die Einen schlagen Einen Präsidenten vor; die Andern drei, wieder Andere fünf und eine vierte Meinung wünscht sogar sieben Mitglieder des Bundesdirectoriums. Es werden im weitem Verlaufe der Debatte noch verschiedene andere Vorschläge gemacht werden. Hoffen wir, daß einer darunter sein wird, der die Zustimmung aller Parteien oder doch wenigstens einer großen Majorität erhalten werde; denn wenigstens dieses Letztere ist eine große Nothwendigkeit.

Frankfurt a. M., 22. Jun. Seit gestern Abend hat die Lösung der Frage, welche in diesem Augenblicke die Constituirende Versammlung fast ausschließlich beschäftigt, die wegen Bildung einer provisorischen Centralgewalt, einen entscheidenden Schritt vorwärts gethan. Nachdem der Punkt der Einheit als Einigungsmittel für die verschiedenen Meinungen der Versammlung von dem linken Centrum in dessen Vorberathungen angenommen und die Zustimmung der Linken dazu gewonnen war, wobei man freilich den jetzigen Präsidenten im Auge hatte, so wurde diese Einigung durch die Abgg. Biedermann und Fallati dem rechten Centrum schon vor drei Tagen ebenfalls vorgeschlagen, und von diesem ist er denn auch, als das einzige Auskunfts- mittel, um zur Einigung zu gelangen, größtentheils angenommen worden. Da aber hier, um die Ansicht nicht aufzugeben, daß den Regierungen ein wesentlicher Theil an der Bildung der Centralgewalt gesichert bleiben müsse, die Wahl eines Fürsten der deutschen regierenden Häuser als Bedingung der Einigung festgehalten wurde, so wird seit gestern der Erzherzog Johann als diejenige Person bezeichnet, welche alle verschiedenen Meinungen der Versammlung in sich zu vereinigen im Stande sei. Die Erklärung des Abg. v. Vincke in der gestrigen Sitzung, daß, obwol er nicht in die diplomatischen und Regierungs- geheimnisse Preußens eingeweiht sei, er doch die Ueberzeugung aussprechen dürfe, daß eine solche Wahl der Regierung wie dem Volke in Preu-

fen genehm sein werde, hat den eifrigen Bemühungen des Abg. Würth für diesen Candidaten wesentliche Hülfe geleistet, und seit der Versammlung von gestern Abend in der Mainlust von dem größten Theil der Reden und fast dem ganzen rechten Centrum kann die Wahl desselben als gewiß angesehen werden; es müßte denn entweder durch die noch folgenden Redner oder durch andere Ereignisse ein neuer Reinigungswechsel der Versammlung herbeigeführt werden, was kaum zu erwarten ist.

° **Frankfurt a. M.**, 21. Jun. In einer Ihrer Correspondenzen von hier (Nr. 171) lese ich, daß die Partei des „Deutschen Hofes“ als sie den Präsidenten zur Abhaltung einer von ihm abgesetzten Sitzung zu nöthigen, äußerstenfalls eine solche für sich allein abzuhalten beabsichtigte, die andern Parteien und insbesondere auch die des „Württembergers Hofes“ (die sogenannte „Linke“ oder das „linke Centrum“) zur Mitwirkung dabei aufgefordert habe, und daß namentlich von dieser letztern Partei ihr eine solche Mitwirkung zugesagt, später jedoch zurückgezogen worden sei. Dies ist, was die letztgenannte Partei betrifft, eine thatsächliche Unrichtigkeit. Die im Württembergers Hofe Versammelten haben sofort, als jenes Ansinnen an sie gestellt ward, dasselbe entschieden zurückgewiesen und die sie dazu Auffordernden dringend gebeten, die Partei des Deutschen Hofes möge doch davon, als von einem nicht gerechtfertigten Beginnen, abstehen. Dagegen haben dieselben sich bereit erklärt, jeden Antrag und jede Interpellation von der andern Seite, die auf Beschleunigung der Verhandlungen abzielen würde, zu unterstützen, und es ist dies auch sogleich in der nächsten Sitzung geschehen. Das ist der wahre Thatbestand in der Sache!

Biedermann.

† **Dresden**, 23. Jun. In der heutigen Sitzung der II. Kammer führte eine auf der Registrande befindliche Eingabe des dresdener Vaterlandsvereins, worin dieser eine von ihm an die Nationalversammlung gesandte Adresse mittheilt und die Kammer zum Beitritt einladet, eine kurze Debatte herbei zwischen den Abgg. v. Kostitz-Drzewiecki, Helbig und Tschirner. Der Erstere fand es bedenklich, wenn sich die Kammer von dem Vaterlandsverein ins Schlepptau nehmen lasse, da dieselbe, falls sie eine Adresse an die Nationalversammlung zu erlassen beabsichtige, diese wol selbständig abfassen könne, und trug darauf an, die Eingabe des Vaterlandsvereins ad acta zu legen. Gegen diesen Antrag erhob sich der Abg. Helbig, der die Petition an eine Deputation gewiesen wissen wollte, wie dies ja auch bei minder wichtigen Eingängen zu geschehen pflege; der Abg. Tschirner trat Dem bei und machte, um dies zu erreichen, die Petition zu der seinigen, worauf dieselbe als eine ständische der dritten Deputation überwiesen wurde. Auf der Tagesordnung befand sich der Bericht der zweiten Deputation über das Decret, einige dem Staatseisenbahnwesen angehörige Gegenstände betreffend. (Nr. 166.) Die mit gedachtem Decrete an die Stände gelangte Vorlage der Regierung zerfällt in drei Abschnitte und betrifft: 1) die Ueberbrückung des Gölschthales bei Ausführung der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn; 2) die Schienenverbindung zwischen den zu Leipzig befindlichen Bahnhöfen, und 3) die Verbindung der Bahnhöfe zu Dresden.

Was den ersten Gegenstand, die Ueberbrückung des Gölschthales, anlangt, so nimmt die Vorlage auf die Verhandlungen Bezug, welche darüber auf dem außerordentlichen Landtage d. J. 1847 in den Kammern stattgefunden haben, und die im Wesentlichen dahin gehen, daß die gedachte Ueberbrückung einer nochmaligen Erwägung unterworfen und, wenn daraus deren Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit hervorgehe, den Ständen Mittheilung über die Sachlage behufs der Zustimmung zu der Ausführung gemacht werden solle, während die Staatsregierung jedoch zugleich die Absicht aussprach, wenn das damals vorliegende Project eine entsprechende, wesentliche Modification erleiden könne, den Bau demgemäß bewirken zu lassen, sowie ferner die Erwartung, daß den Vorschritten, welche erstern Falles etwa schon geschehen sein möchten, um den Nachtheilen eines zu langen Verzugs vorzubeugen, die ständische Zustimmung nicht werde versagt werden. Hiernach hat sich die nunmehrige Verhandlung darauf zu beschränken, inwiefern hier der eine oder der andere Fall eingetreten und welcher Beschluß demgemäß zu fassen sein werde. Das Ergebnis der angestellten nochmaligen Erörterung wird von der Regierung in ihrer Vorlage ausführlich mitgetheilt. Wir heben aus derselben nur hervor, daß hinsichtlich der Frage über die Ausführung der Ueberbrückung die in letzter Instanz zugezogenen Ingenieure Reggelli und v. Pauli unter ausführlicher Motivirung ihrer Ansicht dahin ausgesprochen haben, daß sie es ebensowol für rathsam als für ganz unbedenklich erachteten, die projectirte Ueberbrückung im Wesentlichen unverändert zur Ausführung bringen zu lassen. Nur eine bedeutendere Modification haben gedachte Sachverständige in Vorschlag gebracht, welche die Dammschüttung verlängert, die Brücke dagegen um 300 Ellen verkürzt und deren Höhe um 3 Ellen vermindert; diese Modification, welche übrigens die Kosten nicht verringert, sondern um 14,108 Thlr. erhöht, ist nach reiflicher Erörterung von den ausführenden Technikern insoweit angenommen worden, als die Anwendung derselben auf die Eigenthümlichkeit des Terrains zulässig erschien.

Schon aus diesen Umständen allein glaubte sich die Regierung in Hinblick auf die frühern Erklärungen als autorisirt ansehen zu können, in der Ausführung des Baues fortzufahren; sie macht indessen bemerklich, daß sie hierzu auch durch andere, noch gewichtigere Gründe sich hätte veranlaßt sehen müssen, und bezeichnet als solche a) die großen Opfer, welche jede Abweichung von der einmal vorgenommenen Richtung zur Folge gehabt hätten, indem die bereits dafür gemachten und solchenfalls als verloren zu betrachtenden Ausgaben circa 2 Mill. Thlr. betragen haben würden; b) die Rücksicht auf den mit Baiern abgeschlossenen Staatsvertrag und c) die nahe liegende Besorgniß, durch Zögerung in der Ausführung die Entstehung einer Concurrenzbahn in der Richtung Weisensfels-Gera nach Baiern zu begünstigen, welche durch gänzliche Umgehung Sachsens nur höchst nachtheilig hätte wirken können. Die Deputation (Referent Hartort) spricht sich in ihrem Berichte dahin aus, daß sie nicht umhin könne, die Wichtigkeit des vorstehend berührten Inhalts der umfanglichen und klaren Vorlagen anzuerkennen und daher auch nur die Ueberzeugung auszusprechen vermöge, daß die Staatsregierung in richtiger Würdigung der Verhältnisse sich entschlossen habe, den Bau auch der Gölschthalüberbrückung ununterbrochen fortstellen zu lassen, wobei auch nicht außer Acht zu lassen sei, daß ihr hierdurch die geeignetste Gelegenheit geboten wurde, einem Theile der zahlreichen brotlosen Arbeiter des Inlandes nachhaltige Beschäftigung zu gewähren. Aus diesen und noch weiter ausgeführten Gründen rath sodann die Deputation nach reiflicher Prüfung des Gegenstandes der Kammer an: in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage sich dahin zu erklären, daß sie nicht nur den bisher erfolgten Vorschritten ihre Zustimmung ertheile, sondern auch ihr Einverständnis damit erkläre, daß der Bau der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn, so weit es nur immer die zur Verfügung stehenden Mittel der Staatskasse gestatten, seiner Vollendung nunmehr zugeführt werde. Eine eigentliche Debatte über diesen Gegenstand fand in der Kammer heute nicht statt. Der Abg. Vogt wünschte die Errichtung eines neuen Anhaltepunktes im Altenburgischen, und der Abg. Heder sprach die Hoffnung aus, daß auch die Chemnitz-Rieser Eisenbahn in gleicher Weise wie die Sächsisch-Baiersche von der Regierung berücksichtigt werden möge. Dem erstern Sprecher erwiderte der Regierungskommissar geh. Regierungsrath v. Ehrenstein, daß die Realisirung dieses Wunsches von der bereits nachgesuchten Zustimmung der altenburgischen Regierung abhängt, und dem zweiten der Staatsminister Georgi, daß über diesen Gegenstand zu sprechen bei der Berathung des an die Stände gelangten Decrets über die Nothstandsverhältnisse der Ort sein werde, worauf der Deputationsantrag einstimmig Annahme fand.

Den zweiten Gegenstand der Berichterstattung bildet die Schienenverbindung zwischen den zu Leipzig befindlichen Bahnhöfen. Die Wichtigkeit dieser Verbindung hat bereits der außerordentliche Landtag vom Jahre 1847 anerkannt und in Folge dessen beantragt, daß die Staatsregierung Vorbereitung zu Herstellung derselben treffen und der nächsten Ständeversammlung unter Beifügung des Kostenanschlages darüber weitere Mittheilung machen, immittelst aber die Ausdehnung und Anwendung des Expropriationsgesetzes auf diese Verbindung verordnen möge. Die Regierung geht hierbei von dem Grundsatz aus, den Bau und den Betrieb dieser Verbindungsbahn für alleinige Rechnung der Staatskasse zu übernehmen, und zwar hauptsächlich deshalb, a) weil es in Ermangelung aller Zwangsmittel schwer, wo nicht unmöglich sein werde, namentlich unter den jetzigen Verhältnissen die Verwaltungen der Leipzig-Dresdner und Magdeburg-Leipziger Bahn zu veranlassen, sich mit Geldmitteln bei dieser Verbindungsbahn zu betheiligen; b) weil es unzumuthbar erscheinen müsse, den Betrieb auf einer so kurzen Strecke zu theilen, da daraus nur Störungen im Betriebe selbst und Verwickelungen im Rechnungswesen entstehen würden, und c) weil der Betrieb der Bahn ein ausreichend ergiebiger sein werde. Hinsichtlich der Linie, welche für diese Verbindung zu wählen sei, ob östlich oder westlich der Stadt Leipzig, hat sich die Regierung für die östliche Richtung entschieden, wie es scheint, vorzüglich auch des Kostenpunktes wegen, der für diese Richtung (incl. der Expropriation) auf 135,607 Thlr. veranschlagt ist, während er auf der westlichen Linie zu wenigstens 300,000 Thlr. angenommen werden müsse. Die Deputation ist der Ansicht, daß es bei der Wichtigkeit, welche der Eisenbahnverkehr bereits erlangt hat, bei den gesteigerten Anforderungen, welche, und mit Recht, in Bezug auf Schnelligkeit und Billigkeit der Beförderung an ihn gestellt werden, unerlässlich sei, jede Unterbrechung der unmittelbaren Verbindung von Bahn zu Bahn zu vermeiden und den Uebergang von der einen auf die andere ohne Umladung und Wagenwechsel zu ermöglichen, erklärt sich mit den Gründen der Regierung in Allem einverstanden, wobei sie jedoch hervorhebt, daß es natürlich Aufgabe der Verbindungsbahn sein müsse, die Bahnhöfe der sämtlichen zu Leipzig ausmündenden Eisenbahnen in eine wirkliche unmittelbare Verbindung zu setzen, was auf die vorgeschlagene Weise am leichtesten und zweckmäßigsten erreicht werden dürfte, indem beabsichtigt sei, den Bahn-

hof der
Leipziger
der Kam-
trieb der
höfen, n
Rechnung

Hier-
tragen: L
men der
in Betr
monatlich
fast aller
bemerkt,
vorgebrac
her eine
dürfte sic
seits gan
Kammer
Leipzig n
Angriff g
Eisenbahn
der letzter
fellschaft
rung die
derselben
der Frequ
die Ständ
einer kurz
standes be
Evans, v.
der erste
einstimmig

Hinsic
höfe zu D
den 1846
tagsabschie
entsprochen
hinsichtlich
dem linken
den jetzigen
hierzu nach
werden, ge
Zweck durch
eingerrichte
ebenfalls er
einverstande
ständnis da
centration is
der zu Dre
und Locomo
Die Deputa
Fall eine b
dadurch eine
gehen zu se
weitere Dis
sichtlich der
derlich sind,
und es steht
Bedürfnissen
ständischer
hier nicht nä
siehe, daß
gabe der da
es bei der f
Beschränkung
dem Präsid
gierungsvoorla
mig genehmig

o Leipzig
Vereins tr
des Generals
vor: „An de
Herren, die
richtigen Eing
benachrichtige,
darin den bra
zug habe. H
haber der deu
königl. preußi
sich dann zu

hof der Weissenfeller Bahn in der unmittelbaren Nähe des Magdeburg-
Leipziger und Leipzig-Dresdner Bahnhof zu errichten, und empfiehlt
der Kammer: die Staatsregierung zu autorisiren, den Bau und Be-
trieb der Verbindungsbahn zwischen den zu Leipzig befindlichen Bahn-
höfen, nach Maßgabe des vorgelegten Planes und Anschlags, allein für
Rechnung der Staatskasse zu übernehmen.

Hierbei nimmt die Deputation zugleich Veranlassung, darauf anzu-
tragen: die Regierung zu ersuchen, über die Frequenz und die Einnah-
men der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn — sowie der demnächst
in Betrieb kommenden Sächsisch-Böhmischen Staatseisenbahn — all-
monatliche Uebersichten veröffentlichen zu lassen, wie dies von Seiten
fast aller übrigen deutschen Eisenbahnen zu geschehen pflege, indem sie
bemerkt, daß es keineswegs einen guten Eindruck im Publicum her-
vorgebracht habe, daß die Sächsisch-Baiersche Eisenbahnverwaltung bis-
her eine Ausnahme von diesem allgemeinen Gebrauche machte, und es
dürfte sich dieser Antrag daher um so mehr empfehlen, als er anderer-
seits ganz unbedenklich erscheine. Staatsminister Georgi machte der
Kammer die Mittheilung, daß die Herstellung einer Eisenbahn von
Leipzig nach Weissenfels jetzt vollständig gesichert sei und demnächst in
Angriff genommen werden dürfte, und daß auch die Jüterbogk-Riesaer
Eisenbahn bis zum 1. Oct. d. J. vollendet sein werde; die Ausführung
der letztern habe vertragmäßig die Magdeburg-Berliner Eisenbahnge-
sellschaft unter der Bedingung übernommen, daß die sächsische Regie-
rung die Bahn nach Vollendung rückkaufe, und daß zur Herstellung
derselben sächsische Arbeiter verwendet werden. Der Veröffentlichung
der Frequenz der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn werde, wenn es
die Stände wünschen sollten, die Regierung nicht hinderlich sein. Nach
einer kurzen Debatte, die jedoch weniger das Materielle des Gegen-
standes betraf und an der sich außer dem Referenten die Abg. Sachse,
Evans, v. d. Planitz, Kerschmar und Wehner beteiligten, wurde dann
der erste Antrag der Deputation gegen zwei Stimmen, der zweite aber
einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des dritten Punktes, die Verbindung der Eisenbahn-
höfe zu Dresden betreffend, ist zu bemerken, daß durch die Vorlage
den 1846 von den Ständen gestellten Anträgen und den in dem Land-
tagsabschiede vom 17. Jun. desselben Jahres gegebenen Zusicherungen
entsprochen worden ist, welche auf Erörterungen und Kostenberechnung
hinsichtlich einer Concentration sämtlicher Bahnhöfe zu Dresden auf
dem linken Ufer der Elbe gerichtet sind. Die Regierung erklärt sich unter
den jetzigen Verhältnissen hauptsächlich des Kostenpunktes wegen, da
hierzu nach den vorliegenden Anschlüssen circa 2 1/2 Mill. Thlr. erfordert
werden, gegen diese Concentration, und glaubt, daß der beabsichtigte
Zweck durch eine gewöhnliche, auf Doppelgleis und Locomotivenbetrieb
ingerichtete Verbindungsbahn zwischen den einzelnen Bahnhöfen sich
ebenfalls erreichen lassen werde, womit sich die Deputation vollkommen
einverstanden erklärt, und deshalb der Kammer vorschlägt: ihr Einver-
ständniß damit auszusprechen, daß für jetzt von dem Plan einer Con-
centration in der vorgeschlagenen Weise abgesehen und die Verbindung
der zu Dresden ausmündenden Eisenbahnen durch eine auf Doppelgleis
und Locomotivenbetrieb ingerichtete Schienenlegung hergestellt werde.
Die Deputation macht hierbei darauf aufmerksam, wie auch in diesem
Fall eine baldige definitive Entscheidung wünschenswerth erscheint, um
dadurch eine Gelegenheit zu nützlicher Arbeitstheilung nicht verloren
gehen zu sehen. Der Antrag der Deputation wurde auch hier ohne
weitere Discussion von der Kammer einstimmig angenommen. Hin-
sichtlich der Geldmittel, welche für die gedachten Unternehmungen erfor-
derlich sind, hat die Staatsregierung besondere Anträge nicht gestellt,
und es steht dieser Punkt im unzertrennlichen Zusammenhange mit den
Bedürfnissen der Staatskasse überhaupt, welche Gegenstand besonderer
ständischer Verhandlungen sein werden. Die Deputation glaubt daher,
hier nicht näher darauf eingehen zu dürfen, da es sich von selbst ver-
stehe, daß mit den in Rede stehenden Ausführungen nur nach Maß-
gabe der dafür verfügbaren Mittel vorgegangen werden kann, während
es bei der sonstigen Sachlage nicht rathsam erscheinen möchte, weitere
Beschränkungen in Bezug darauf bedingen zu wollen. Bei der von
dem Präsidium gestellten Frage auf das Ganze wurde sodann die Re-
gierungsvorlage in der beschlossenen Weise von der Kammer einstim-
mig genehmigt.

Leipzig, 24. Jun. In der vorgestrigen Sitzung des Deutschen
Vereins trug der Vorsitzende Dr. Goetschen zuerst folgende Antwort
des Generals v. Wrangel auf die ihm übersendete Adresse (Nr. 170)
vor: „An den Deutschen Verein zu Leipzig. Indem ich Sie, meine
Herren, die Sie den Deutschen Verein in dortiger Stadt bilden, vom
richtigen Eingange des gefälligen Schreibens vom 15. d. M. ergebenst
benachrichtige, sage ich Ihnen zugleich Dank für die Anerkennung, welche
darin den braven Truppen gezollt wird, die ich zu befehligen den Vor-
zug habe. Hauptquartier Flensburg, 19. Jun. 1848. Der Oberbefehls-
haber der deutschen Bundesarmee in Schleswig-Holstein, v. Wrangel,
königl. preussischer General der Cavalerie.“ Der Vorsitzende wendete
sich dann zu den Zuständen in Böhmen, erstattete in der Hauptsache

einen Bericht über die am 18. Jun. stattgefundene Versammlung deut-
scher Männer aus Sachsen und Böhmen in Ausig, der er mit noch
einigen Mitgliedern des Deutschen Vereins beigewohnt hatte, trug die
dieselbst berathene Adresse an Fürst Windisch-Grätz (Nr. 174) vor,
zu welcher die Versammlung ihren Beitritt erklärte, und sprach sich
über die Kundgebung echt deutschen Strebens und brüderlichsten Ein-
verständnisses aus, die er sowol dort als in Teplitz in der Mitte des
dortigen deutschen constitutionellen Vereins wahrgenommen habe. Der
Redner ging dann auf die Vorfälle in Altenburg, auf die in Folge
desselben von einer hiesigen Volksversammlung abgesendete Deputation
nach Dresden und die erlassenen Adressen über, wurde aber in diesem Vor-
trage durch Feuerruf unterbrochen, in dessen Folge die Sitzung aufge-
hoben werden mußte. Gestern sollte die am Abend vorher gestörte
Sitzung nun fortgesetzt werden, aber kaum hatte der Vorsitzende Dr.
Goetschen seinen Vortrag, in welchem er auf das wühlerische Trei-
ben der auswärtigen und hiesigen republikanischen Partei aufmerksam
machte und zum festen männlichen Entgegenreten mit begeisternden Wor-
ten auffoderte, gehalten, und ein anderer Sprecher noch Mehres über
das Treiben der Umsturzpartei gesagt, als abermals gegen halb 9 Uhr
der Ruf erscholl, es werde wieder Feuerlärm gehört, was sich auch be-
wahrheitete. Es mußte somit auch diese Sitzung aufgehoben werden.

Leipzig, 24. Jun. Zu der gestern mitgetheilten Bekann-
machung an sämtliche Polizeibehörden des Leipziger Kreisdirections-
bezirk erscheint heute noch Folgendes: „Unter Bezugnahme auf die Be-
kannmachung vom 10. d. M. wird auf Anordnung des königl. Mini-
steriums des Innern den Polizeibehörden des Leipziger Kreisdirections-
bezirk erläuterungsweise und zur Nachachtung fernerweit eröffnet, daß
sich die Polizeibehörden, wenn durch Vereine begangene verbrecherische
Handlungen zu ihrer Kenntniß kommen, auf die Anzeige derselben an
die Justizbehörden zur Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens zu
beschränken haben, und daß Präventiv-Maßregeln nicht als zulässig er-
scheinen. Leipzig, 19. Jun. 1848. Königl. sächsische Kreisdirection.
Ackermann. — Gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr erscholl abermals Feuer-
lärm; es stand auf der Frankfurter Straße das Schwägrichen'sche
Haus zunächst der Brücke in hellen Flammen, und brannte gänzlich aus.
Das Haus, was früher dort stand, wurde 1813 durch das Sprengen
der Brücke so verwüstet, daß es abgetragen werden mußte.

Leipzig, 23. Jun. Die gestern Abend im Schützenhause abge-
haltene Volksversammlung hat mehrere Adressen nach Dresden und
Frankfurt beschlossen. Zuerst wurde der Entwurf der bereits in Nr. 174
ihrem Inhalte nach mitgetheilten Adresse an das Parlament genehmigt,
sodann legte Hr. Schreck einen Protest des Dr. Butike gegen die neuer-
lichen durch die Kreisdirection verfügten Beschränkungen des Vereins-
wesens (Nr. 176) vor, welchen man sich anzuschließen erklärte. Außer-
dem wurde eine Adresse an die Linke der Constituirenden Versamm-
lung, in der zum eifrigsten Streben nach einer allgemein deutschen
republikanischen Verfassung aufgemuntert wird, vorgelegt und ange-
nommen, und alle diese Adressen sind, da vom Stadtrathe die Er-
laubnis zur Ausstellung von Tischen auf offener Straße nicht geneh-
migt wurde, in vielen öffentlichen Localen ausgelegt. Nachdem erließ
man einen sehr energischen Protest gegen eine erste Kammer, sowie eine
Zuschrift an den Minister Oberländer, in welcher derselbe in seinen
volksfreundlichen Bestrebungen ermuntert und ihm die Unterstützung und
das Vertrauen des Volks für diesen Fall zugesichert wird. Die Ver-
sammlung war überaus zahlreich besucht und wurde schon gegen 9 Uhr
geschlossen, da die Vorlagen der gewählten Commission sämtlich fast
einstimmig angenommen wurden.

München, 21. Jun. Dem Gesetzgebungsausschuß der Kammer
der Reichsräthe wurde gestern vom Staatsministerium der Justiz
ein Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen des ersten
Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend, vorge-
legt und dem gleichen Ausschuß der Kammer der Abgeordneten der
Gesetzentwurf, die Einführung der Schwurgerichte betreffend. Die
Ausschüsse werden heute eine Sitzung halten, um ihre Referenten zu
ernennen. — Eine Anzahl Personen zogen gestern Nachts vor die Woh-
nung des Staatsministers Frhrn. v. Thon-Dittmer, um denselben eine
Kapellmusik zu bringen. Kaum aber hatte der Spectakel begonnen,
als auch schon von mehreren Seiten, namentlich aus dem Hofe des Mi-
nisteriums des Innern, Infanterieabtheilungen hervorliefen und die
nächtlichen Ruhestörer auseinandersprengten. Mehrere derselben, darun-
ter, wie ich höre, einige Studierende, wurden festgenommen und auf die
Polizei gebracht, und dann sämtliche Straßen, die zum Ministerium
des Innern (der Wohnung des Ministers) führen, vom Militair ab-
gesperrt. — Gestern sind die Fahnen der drei größern Freicorps
(Bureaulaten, Studenten, Künstler) geweiht worden. (N. C.)

Hannover, 22. Jun. Vor drei Tagen lehnte die I. Kammer
alle Vorschläge zur Einigung über ihre künstliche Zusammensetzung
ab; gestern hat sie dieselben Vorschläge angenommen. Hätte sie das
nicht gethan, so wäre, nachdem alle reglementsmäßigen Mittel erschöpft
waren, eine Constituirende Versammlung gefolgt. Die fürchtete man.

Die Adelsvertretung hat sonach bei uns aufgehört: Vertreter des großen Grundbesitzes, der Gewerbe, des Prediger-, Volkslehrer-, Advocaten- und Richterstandes werden, im Verein mit den wenigen Ständeherrn unsers Landes, künftig die erste Kammer bilden. Der Census für den Grundbesitz steht aber unter Umständen so niedrig, daß die jetzigen Mitglieder I. Kammer sich nicht verhehlten, daß wol keiner von ihnen in der nächsten sitzen würde. Die auf persönlicher Berechtigung beruhenden Sitze sind sämtlich gestrichen (Majoratsherren, Erbpastmeister, Abt zu Loccum etc.), nur den Erblandmarschall hat man beibehalten, weil man es nicht nutzlos fand, immer einen Beamten zu haben, dem die Vertretung der Stände (nicht bloß der I. Kammer) nach außen übertragen ist. Das Ministerium hat einen vollständigen Sieg erfochten; im Einzelnen ist Vieles gegen seinen Willen geschehen und beschlossen, in der Hauptsache hat es seinen Willen erreicht. Die Auflösung der Stände wird nun wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen erfolgen, da die Berufung der neuen Kammern noch in diesem Jahre zu erwarten ist. Das Ministerium wird daher, um sofort an die Vorarbeiten für den nächsten Landtag zu kommen, mit der Beendigung des gegenwärtigen möglichst eilen.

Hannover, 22. Jun. Nachdem in der heutigen Sitzung der I. Kammer die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, Abänderungen der Landesverfassung betreffend, vollendet war, wurden die Beschlüsse der II. Kammer zu dem Landesverfassungsgesetze berathen, und zuerst der Beschluß wegen Gleichstellung aller Confessionen zu §. 32 angenommen, zu §. 36 wie zu §. 45 abgelehnt, zu §. 56 angenommen, zu §. 60, zu §. 14 des Regierungsentwurfs, der Beschluß auf Aufhebung des §. 62, zum §. 66 und zu den §§. 76 und 77 abgelehnt. Endlich wurde auch der Antrag der II. Kammer, wegen der Benennung „Er“ und „Du“ beim Militair und des Avancements in der Garde, aus formellen Gründen abgelehnt. (S. 3.)

Das Mannheimer Journal schreibt aus **Heidelberg**: Unsere Bauern scheinen mehr und mehr einzusehen, daß die unklare Vorstellung von Republik nicht zum Ziele führt; sie versuchen es jetzt, ohne Abschaffung der monarchischen Form, zu erlangen, daß die vielen Steuern und Umlagen abgeschafft und statt ihrer ein höherer Erbschaftsaccis eingeführt werde, daß man die hohen Gehalte mindere, daß man die geeigneten Staatsgüter zu unentgeltlicher Ertheilung von Holz und von „Freigütern“ (d. h. pachtfreien Lehngütern auf Lebenszeit) verwende, und daß Niemandem die nöthige Fahrniß durch den Exquenten entzogen werden könne. Auf diese Punkte hin geht nämlich eine Petition unter dem Titel: „Bauernpetition an die verfassunggebende Nationalversammlung“ etc.

Schleswig, 17. Jun. Nach einem Schreiben vom Kriegsschauplatz sind zwei Soldaten vom Kaiser Franz-Füsilierbataillon von zwei Bauern erschossen worden. Die Thäter wurden ergriffen und erhielten ihren verdienten Lohn; der Eine wurde auf der Stelle erschossen, der Andere an dem ersten besten Baume aufgeklopft. (M. T.)

Flensburg, 18. Jun. Nachrichten vom Kriegsschauplatz zufolge verschanzen die Dänen sich zwischen Hadersleben und Christiansfeld. Ihre Vorposten stehen etwa eine Meile südlich von Hadersleben. Dieselben ziehen sich bei Recognoscirungen auf Hadersleben zurück. In der Linie von Apenrade stehen preussische und schleswig-holsteinische Truppen, erstere bilden den linken Flügel. Das Thann'sche Freicorps steht auf dem äußersten rechten Flügel. Ueber die Absicht, welche mit dieser Stellung verbunden ist, fehlt es uns an zuverlässiger Kunde. Das Thann'sche Freicorps ist immer noch in Apenrade und scheint nicht nur dort bleiben zu wollen, sondern auch diese Stadt bis auf das äußerste zu verteidigen entschlossen zu sein. Der Major v. d. Thann will, wie er sich ausdrückt, ein zweites Saragossa daraus machen, eine Barricade wird neben der andern errichtet, durch alle Straßen hindurch und an den Eingängen in die Stadt sind Kanonen aufgepflanzt. Der Agent Bruhn und Rector Nissen waren gestern hier, um mit General Wrangel zu sprechen, der sie damit vertröstete, daß es bald ein Ende haben werde. Westlich der Stadt stehen schleswig-holsteinische und preussische Truppen, sodas eine Linie von Apenrade nach Westen bis Londern die ungefähre nördliche Grenze bezeichnet, wie weit das Herzogthum von unserer Seite besetzt ist. Die Dänen mögen eine ungefähre Linie von Hoptrup bis circa eine halbe Meile nördlich von Lygumkloster als die südliche Grenze des von ihnen besetzten Theiles innehalten. (M. T.)

Flensburg, 20. Jun. (Abends). Die Dänen sind heute im Vorrücken; man erwartet morgen bei Bau eine Schlacht. (S. C.)

Altona, 22. Jun. Die Preußen, welche jetzt eine abermalige Verstärkung von 3600 M. erhalten, stehen in und bei Flensburg, besonders bei Bommelund; sie haben Verschanzungen bei Bau angelegt und dort gestern sich in (singirte) Schlachtordnung aufgestellt. Apenrade wird täglich stärker verbarricadirt; es stehen nach Berichten von gestern daselbst die v. d. Thann'schen Freischaren, 700 M. stark, und schleswig-holsteinische Truppen befinden sich in fast unmittelbarer Nähe, nämlich auf dem Berge hart an der Chauffée. Die Dänen selbst le-

gen bei Hadersleben starke Verschanzungen an; sie sollen mit 15,000 M. die Südgrenze des Amtes Hadersleben besetzt und sich bei Sleystrup und Törningmühle verschanzt haben. (B.-H.)

Altenburg, 22. Jun. Wenn wir die Ausfälle des erzürnten „Bürgers“ Döligsch, eines noch sehr jungen Republikaners, unbeachtet lassen, so geschah dies aus dem einfachen Grunde, weil wir zum Gegentheil keine Veranlassung finden; denn unsere Berichte waren stets der strengsten Wahrheit gemäß abgefaßt. Nur auf das Eine wollen wir aufmerksam machen, daß nämlich der „Bürger“ Döligsch nicht weiß, daß es im Lande eine Partei gibt, welche Einverleibung mit Sachsen wünscht; daraus geht aber klar hervor, daß die Republikaner blind und taub für alles Andere sind oder sein wollen, was nicht in ihren Kram paßt. Wenn in manchen Blättern und auch in dieser Zeitung von einer Hand voll eisenberger Republikanern erklärt worden ist, daß fünf Sechstel der Bewohner des Landes republikanisch gesinnt seien, so ist dies geradezu unwahr. Man darf überhaupt nicht glauben, als sei unser Land nur in zwei Parteien gespalten: die Republikaner und Constitutionell-Monarchischen; der Parteien gibt es vielmehr eine nicht geringe Zahl. Zuerst die constitutionell-monarchische, welche die bei weitem größte Anzahl der Bewohner des Landes, namentlich des platten Landes, in sich faßt. Wenn diese Partei geringer scheint als sie wirklich ist, so hat dies seinen Grund darin, daß sich die Constitutionell-Monarchischen ruhig verhalten, nicht eine gewaltthätige Entwicklung der Dinge herbeiführen wollen. Die republikanische Partei ist im Ganzen, was auch die Republikaner dagegen sagen mögen, nur schwach vertreten; sie scheint nur stärker als sie ist, weil sie vielen Lärm macht. Uebrigens zählt diese Partei mehr Häute als Köpfe, denn sie besteht zum größten Theil aus Irregulierten, Ecentrischen, Wühlern und einigen Schwindlern. Eine dritte Partei ist die der Unzufriedenen, welche zum allergrößten Theil ihren Sitz in der Residenz hat. Man würde sich sehr täuschen, wenn man annehmen wollte, daß diese Partei für Republik günstig gesinnt sei. Diese Partei ist unzufrieden nicht mit der jetzigen Staatsform, sondern bloß mit der Person des Herzogs, welcher nicht bürgerfreundlich genug, ein zu großer Freund der Soldaten sein und zu viel Aufwand machen soll. Eine vierte Partei will Anschluß an das Königreich Sachsen und hat in jüngster Zeit sehr an Ausdehnung gewonnen. Eine fünfte Partei ist endlich diejenige, welche den Mantel nach dem Winde hängt, welche sich derjenigen Sache anschließt, die gerade Hoffnung auf Sieg hat, also eine verächtliche Partei. Daß man auf dem Lande namentlich Ruhe, Ordnung, Geselligkeit und keine Republik will, erfährt man allenthalben; man ist entrüstet über das Treiben in der Residenz, namentlich über das neueste Spectakelstück à la mode. Aber wie konnte auch Altenburg zurückbleiben hinter Berlin und Wien; nein, die Residenz Altenburg mußte auch ihre Barricaden und ihre Barricadenhelden haben; freilich ist der Unterschied zwischen dort und hier ein sehr gewaltiger. Aber nachgerade fangen doch die Barricaden an sehr gemein zu werden. Uebrigens haben sich die Republikaner auch bei den jüngsten Vorkommnissen ungemene Blößen gegeben. Man erinnere sich nur, daß das vorige Ministerium aus dem Grunde abdankte, weil es das Vertrauen des Volks nicht besaß, und jetzt verlangten die Republikaner, daß eben dieses Ministerium wieder eintreten solle? Und gestehen die Republikaner dadurch, daß sie Amnestie verlangt, nicht selbst zu, daß sie nicht auf dem Wege des Gesetzes gewandelt waren?

o Weimar, 22. Jun. Nachdem auch in unserer Gegend das republikanische Princip immer mehr Terrain zu gewinnen schien, namentlich die Vorgänge in Altenburg hier große Aufregung zur Folge gehabt hatten, war es an der Zeit, auch hier die eigentliche Stimmung der Gemüther kennen zu lernen, zur Beruhigung auf der einen wie zur Enttäuschung auf der andern Seite. Auf die öffentliche Einladung zweier constitutionell-monarchisch gesinnten hiesigen Bürger, der H. Horny und Henß, zu einer Kundgebung Derer, welche der republikanischen Partei nicht angehören, versammelten sich gestern Abend im Freien etwa 2000 hiesige Einwohner, meist aus namhaften Bürgern bestehend. Schon diese Anzahl, der herrschende Geist und das Erblicken vieler Mitbürger, deren Erscheinen man gerade gewünscht hatte, rief eine heitere Stimmung hervor, die sich noch mehr durch freudig zustimmende Aclamationen kundgab bei den Anreden der H. Horny, Henß, Hanschmann und W. Genast. Nachdem Ersterer die Beweggründe zu seiner Einladung dargelegt und bemerkt hatte, daß jetzt nichts zu thun sei, als ruhig und vertrauensvoll die Beschlüsse der vom deutschen Volke frei gewählten Nationalversammlung in Frankfurt abzuwarten; nachdem Hr. Henß erklärt, daß er in gleicher Absicht eingeladen; und nachdem er gewarnt, sich nicht den Zuständen der Verwirrung, Parteiung und Zerissenheit zu überlassen, die jetzt in Deutschland ein wahres Schreckenssystem herbeiführen könnten; nachdem Hr. Schuldirector Hanschmann Nachricht über den, ganz in gleichem Sinne strebenden politischen Verein hier gegeben und endlich Hr. Genast, als ein Mitglied desselben, zu dessen Vereinigung mit der soeben begründeten Staatsbürgerversammlung Hoffnung gemacht, übernahm es unser

würdiger, Woche ein

Olde
2. Bataillon
des heute
sternung ein
braven Be
wigschen
ben, die
Zuversicht
durch Die
4500 Mann

Wiesl
eine Verfü
gen der
Landeskirch
ordnung fü
vorgenomme

Aus
riedenheit
gegebenen
nicht nachge
jetzt schon un
tenden Grund
Beschlüsse fa
Verhältnisse
Einwohner
sammenberu
seiner Größ
es auf acht
sten Forsten
deutschen He
einen Keiner
ren wol noch
kammer Gel
schereien, die
Hausirhandel
fern schmucke
seine zu fe
der Ertrag d
Erkenntnissen
tei und Richt
men die rege
den, Schutze
diesen bedeut
stellten fast
kammer seit
Böhmen, St
ausführen, d
um mehr als
selbst wenig
stem Chauffe
Jahrzehenden
während die
waltet werden
meistbietend
Ländereien ab
wiewol als
den fürstlichen
langen Bevoo
tigen Concurr
im Jahre 18
Steuerverein,
30,000 Thlr.
ben und an
Wein es rei
noch nicht aus
Lasten der Un
noch ganz bed
unter dem Na
durfte der neu
schaffen. Wir
unserer Volks
genexempel
Zukunft unsere
Landmann und
ihm die reichen

Frankf
futt ein Pan

Frankf
futt ein Pan

Frankf
futt ein Pan

Frankf
futt ein Pan

Frankf
futt ein Pan

würdiger, vielbewährter Hensch, über deren Fortbestehen noch in dieser Woche ein Programm zu entwerfen und bekannt zu machen.

Oldenburg, 21. Jun. Vorgestern musterte der Großherzog das 2. Bataillon des 2. Infanterieregiments (über 800 Mann stark), welches heute nach Schleswig abmarschirt ist. Es ward bei dieser Musterung ein Parolebefehl des Großherzogs verlesen, in welchem des braven Verhaltens der oldenburgischen Truppen, die bereits im Schleswigschen sind, lobend gedacht, mehren Offizieren und Soldaten derselben, die sich ausgezeichnet, Orden und Ehrenzeichen ertheilt und die Zuversicht ausgesprochen wird, daß die Truppen sich auch fernerhin durch Disciplin und Tapferkeit auszeichnen werden. Bis jetzt sind 4500 Mann auf den Beinen und zum Theil vor dem Feinde. (W. Z.)

Wiesbaden, 19. Jun. Das neueste Verordnungsblatt bringt eine Verfügung der Landesregierung, die nähere Bestimmungen wegen der zur Vorberathung einer freien Verfassung der evangelischen Landeskirche zu berufenden Specialsynoden; sowie auch die Wahlordnung für die ersten Specialsynoden. Die Wahlen sollen alsbald vorgenommen werden. (Fr. Z.)

Aus dem Bückeburgischen. Es herrscht hier vielfache Unzufriedenheit darüber, daß unsere Regierungsbehörde der am 30. März d. J. gegebenen Zusicherung, den Landtag baldigst zusammenzubrufen, noch nicht nachgekommen ist. Zwar wünschen wir keineswegs, daß unsere Stände jetzt schon und bevor die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. die leitenden Grundsätze decretirt, über organische Grundgesetze fürs Fürstenthum Beschlüsse fassen sollen. Es sind vielmehr die eigenthümlichen finanziellen Verhältnisse des Landes, welche es zur Beruhigung und Erleichterung der Einwohner wünschenswerth machen, daß unsere Vertreter alsbaldigst zusammenberufen werden. Unser Ländchen ist nämlich im Verhältnis zu seiner Größe wol das reichste im ganzen deutschen Vaterlande, indem es auf acht Quadratmeilen die ergiebigsten Kohlenbergwerke, die reichsten Forsten vereinigt. Die Einkünfte desselben müssen die mancher deutschen Herzogthümer übersteigen, indem allein das Kohlenbergwerk einen Reinertrag von ca. 100,000 Thlr., die Forsten in manchen Jahren wol noch größern Ueberschuß liefern. Außerdem macht unsere Rentkammer Geld aus vielen Dingen. Verpachtet sind: die Mühlen, Fischereien, die Hölzergeschäfte und Krugwirthschaften auf dem Lande, der Hausirhandel mit kupfernen Kesseln, die Abdeckerei, die Erlaubniß, unsere schmucken Bäuerinnen die Böpfe zu schneiden, desgleichen die Schornsteine zu fegen, Kalk und Ziegelsteine zu brennen, wozu noch kommt der Ertrag des Wildes, der Sporteln, Stempeltaxe und die aus den Erkenntnissen der Rentkammer, welche in Forst- und Jagdvergehen Partei und Richter zugleich ist, reichlich fließenden Strafgeelder. Dazu kommen die regelmäßigen Steuern unter vielerlei Namen, Zehnten, Frohnden, Schußgelder, Tabacksgelder, Judensteuer u. s. w., und da von allen diesen bedeutenden Revenuen außer den geringen Gehältern der Angestellten fast nichts im Lande verblieb, so konnte die fürstliche Rentkammer seit einer langen Reihe von Jahren fortwährend in Mecklenburg, Böhmen, Slawonien und andern Ländern die großartigsten Güterankäufe ausführen, deren Gesamtflächenraum nunmehr den des Fürstenthums um mehr als das Doppelte übersteigen mag. Inzwischen ist im Lande selbst wenig gebaut und gebessert worden. Unsere Wege sind bei höchstem Chauffeegelde sprüchwörtlich schlecht, Brücken an denselben seit Jahrzehenden eingefallen und nothdürftig mit Brettern überdeckt, und während die in fremden Landen angekauften Güter aufs schönste verwaltet werden, sind die einheimischen Domänen in kleinen Parcellen meistbietend verpachtet, wodurch ein größerer Geldertrag erzielt, die Ländereien aber verschlechtert werden, und ist die Branntweinfabrikation, wiewol als Monopol seit März d. J. aufgehoben, allein in den Händen fürstlicher Rentkammer, indem unsere Bevölkerung sich aus der langen Bevormundung noch nicht erheben, auch gegen einen so mächtigen Concurrenten wol nicht aufkommen kann. Zu diesem Allen kam im Jahre 1838 der Anschluß unseres Landes an den hannoverschen Steuerverein, woraus abermals eine jährliche Mehreinnahme von fast 30,000 Thlr. entstand, die aber vertragsmäßig dem Lande gutgeschrieben und an andern Steuern in Abrechnung gebracht werden sollte. Allein es reichten die vorgenannten, überaus fruchtbaren Hülfsmittel noch nicht aus, das kleine Ländchen zu administrieren, es wurden die Lasten der Unterthanen seit jenem Steueranschluß anstatt gemindert noch ganz bedeutend vermehrt, und eine Menge extraordinärer Steuern, unter dem Namen Fräuleinsteuern, alljährlich eingetrieben, und es bedurfte der neuern Zeitbewegungen, um diese letztern wenigstens abzuschaffen. Wir wünschen daher sehnlich die baldigste Zusammenberufung unserer Volksvertreter, damit ihnen und uns über dies finanzielle Regenernempel Aufklärung gegeben werde, und damit dieselben für die Zukunft unsere Steuern auf das Nothwendige beschränken, damit der Landmann und der Bürger die Früchte seines Fleißes genieße und auch ihm die reichen Hülfsmittel des Landes mit zu Gute kommen mögen. (W. Z.)

***Frankfurt a. M., 22. Jun.** Am 15. Jul. wird in Frankfurt ein Handwerkercongrès, gebildet durch Deputationen aus

sämmtlichen bedeutendern Städten Deutschlands, sich versammeln, um die auf die Gewerbsverhältnisse bezüglichen Fragen zu berathen und ein Gutachten über deren Lösung abzugeben. Der von der Nationalversammlung niedergesezte Ausschuß für Volkswirthschaft, Industrie und Handel wird durch die Prüfungen und Rathschläge dieser Sachverständigen ein höchst nützlich Material erhalten. — Das Bankhaus Jäger, welches sich vor einigen Monaten durch den Andrang der Ereignisse genöthigt sah, die Zahlungen einzustellen, hat mit seinen Creditoren folgendes Arrangement abgeschlossen: es zahlt $\frac{1}{3}$ gleich, $\frac{1}{3}$ in drei Monaten und das letzte $\frac{1}{3}$ nebst Zinsen und Kosten Ende nächsten Decembers, sodas es dann alle seine Verbindlichkeiten voll gedeckt haben wird. — Baron Salomon v. Rothschild ist gestern von Wien hier eingetroffen. Die Barone James, Lionel und Karl von Rothschild sind von Paris, London und Neapel demnächst hier erwartet. Die H. H. Salomon und Karl von Rothschild werden nun für längere Zeit ihren Aufenthalt in ihrer Vaterstadt nehmen.

Bremen, 21. Jun. Gestern ist von der Werft des Hrn. H. Ulrichs in Begesack das erste an der Weser erbaute Kanonenboot vom Stapel gelaufen. Heute ist wieder ein Bataillon oldenburgischer Infanterie auf dem Marsche nach Schleswig-Holstein einmarschirt. (W. Z.)

***Hamburg, 22. Jun.** Morgen werden wir vielleicht die Entscheidung in der Kriegesfrage melden können. Diese hängt nämlich ab von den Antworten, welche die Cabineten von Petersburg und London ertheilen werden auf die neuen Anträge in Folge der am 9. Jun. in Malmoe stattgefundenen Conferenz, die der englische Minister in Kopenhagen erst mit dem schwedischen Minister des Auswärtigen, sodann mit dem König Oskar selbst gehabt; mit letzterm war er zwei Stunden zusammen. Hierauf begab sich König Oskar sogleich zu seinem Gaste, dem König Friedrich VII. von Dänemark, und hatte auch mit diesem eine längere Unterredung. Bemerkenswerth war, daß trotz anfangs beschlossenen längern Aufenthalts und mehrerer verabredeten gemeinschaftlichen Ausflüge, jetzt der König Friedrich VII. sofort nach Landskrona ging und sich dort unmittelbar einschiffte, allerdings vom schwedischen König bis an Bord des Dampfschiffs Regir gebracht. Der englische Gesandte am dänischen Hofe, der mit der letzten Depeschen aus London so schleunig nach Malmoe geeilt war, begab sich nach den oben erwähnten diplomatischen Conferenzen in Begleitung des dänischen Ministers des Auswärtigen, des Grafen Knuth, und des dänischen Grafen Drholm, der sich als diplomatisch-militairischer Agent schon einige Zeit in Schweden aufgehalten, nach Kopenhagen zurück, von wo er sogleich einen Kurier nach London schickte, während von dänischer Seite nach einer schnell zusammengerufenen Sitzung des dänischen Gesamtministeriums Graf Drholm am 11. Jun. mit dem englischen Dampfschiff Victoria nach Petersburg ging. In ungefähr 6—7 Tagen kann von Petersburg und London Antwort in Kopenhagen sein. Morgen erhalten wir die kopenhagener Post vom 20. Jun. Abends, wo man in Kopenhagen die Antwort Englands und Rußlands auf die am 11. Jun. nach London und Petersburg, in Folge der malmöer Conferenz, wo England den letzten Friedensversuch machte, gegangenen Depeschen haben kann. Diese Antwort enthält aber die Entscheidung über die Kriegesfrage, über die Einmischung Schwedens und Rußlands. In Schweden glaubt die Regierung noch an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens, denn die Schonen'schen Infanterieregimenter haben Befehl bekommen, auf ihrem Marsch anzuhalten, und es folgen keine Truppenmannschaften nach Fühnen, bis jene Depeschen ankommen. Die öffentliche Stimmung in Norwegen ist entschieden gegen die dänische Kriegspartei und den ganzen Krieg mit Deutschland, in Schweden wünscht nur das Heer und die russische Partei den Krieg, der Bürger und die liberale Partei verabscheut ihn. In Dänemark übt die Kriegspartei eine Art Terrorismus über die öffentliche Meinung aus, und im Ministerium schüchtert die Fraction Eschering-Monrad-Lehmann nur durch die Clubs und den Pöbel die besonnenere Fraction ein, und setzt ihre einzige Hoffnung auf den allgemeinen Krieg und den Bund mit Rußland, das die Bessern in Dänemark ebenso verabscheuen wie Deutschland und Frankreich. In Schleswig-Holstein scheint es auch nicht, als ob man an den Frieden glaubte. Die provisorische Regierung rechnet in ihrem Ausgabeetat auf 15,000 Mann Truppen das ganze Jahr 1848 durch. Die preussischen Truppen werden durch die Gardereserven- und die Schützen fast auf das Doppelte vermehrt, und also die Möllendorfsche Brigade von 4000 auf 7600 Mann gebracht. Heute kommen 600 Mecklenburger an, denen noch dieser Tage 800 Mann Oldenburger folgen. Apenrade wird durch v. d. Thann und seine Freischaren auf eine Weise verbaricadirt, vor der den Apenradern bei aller ihrer deutschen Gesinnung die Haare zu Berge stehen.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von G. W. Brockhaus in Leipzig.

Preußen.

Preußen. C. Berlin. Die Ministerkrisis. Hr. v. Minutoli. Russische Pläne. Dänemark. Die freiburger Papiere. Hr. Bornemann. Das Ministerium in Dessau. Berlin. Polnischer Zug gegen Berlin. Berlin. Die Russen. Truppen. Halle. Lehrerversammlung. * Glogau. Die Festung. Polnisches Regiment. Breslau. Adresse. Von der preussisch-russischen Grenze. Die Landwehr. — Die Russen.

Oesterreich. Δ Wien. Erzherzog Johann. Die prager Vorgänge. Die Wahlen. Die Aristokratie. Wien. Die Deputation in Prag. Prag. Die Vorgänge. — Rivoli. Der Kaiser. Die kroatische Deputation. Triest. Die Flotte.

Italien. Mailand. Unionsacte. Mailand. Kriegsbulletin. Genua. Pläne gegen Triest. — Decret in Venedig. Rom. Die neapolitanischen Truppen.

Frankreich. Nationalversammlung. Die Mobilisirung der Nationalgardien. Geheime Ausgaben. Sicherungsvorschlag für die Nationalversammlung. Tumult vor dem Stadthause. Die Linie und mobile Nationalgarde. General El. Thomas. Die Zeitungscautionen. Alfred de Musset. Nachrichten aus Südret. Die außer ordentlichen directen Steuern. Die Weinbauer. Aufstand in Savoyen. Der National und Karl Albert.

Großbritannien. Parlament. Interpellation wegen der aus Frankreich vertriebenen Arbeiter. Westindien. Die Gesundheitspolizeibil. Die Thronbesteigung der Königin. Waterlooanket. Verurtheilungen. Ludwig Napoleon. Militairische Vorkehrungen. Deutsche Schiffe. Ein österreichischer Agent erwartet. Die Conföderirten und Repealer.

Niederlande. Eröffnung der Kammer. Grundgesetzreform.

Rußland und Polen. * Petersburg. Die Armee. Hr. v. Uwarow.

Handel und Industrie.

Preußen.

C. Berlin, 23. Jun. Noch immer sind wir ohne Ministerium. Ein Gerücht überstürzt das andere; bald soll Hansemann dem Verlangen von Robbertus und Milde nachgegeben haben und als Ministerpräsident die Revolution anerkennen, bald soll Robbertus, Milde oder gar der Frhr. v. Vinde mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt sein. Officiell ist noch gar nichts mitgetheilt, und bei alle Dem ist Berlin ruhiger, als es je seit dem 18. März gewesen. — Gestern fand eine große Volksversammlung vor den Zelten statt, welche vom demokratischen Club berufen und geleitet wurde. Man protestirte gegen das Wort Diebstahl, mit welchem man die Stürmung des Zeughauses bezeichnet hat. „Es sei Niemand da gewesen, der bei der Eroberung von Waffen einen Gewinn gesucht habe, nur aber dann hätte von einem Diebstahle die Rede sein können. Das Factum sei da, es sei eine Scharte, die die demokratische Partei wieder auswehen müsse. Man halte deshalb zusammen; ein großes Volk könne auch seine schmachden Stunden haben, sich übereilen.“ Das etwa wären die Grundzüge, von denen die meisten Redner ausgingen und welche zum Theil heute wiederholt in einer Proclamation „an die Berliner“ ausgesprochen wurden. Die Reden der H. Dr. Saff, Börner und Schütte fanden den meisten Anklang. — Der Student Moneke, nach Schlüssel's Verhaftung Redacteur des Volksfreundes, ist heute verhaftet worden, wie man allgemein vermuthet wahrscheinlich in der Zeughausache. Ebenso ist auch gestern der Lieutenant Tschow, welcher den Hauptmann v. Razmer mit zur Uebergabe des Zeughauses bestimmt haben soll, verhaftet worden. Hr. v. Minutoli hat wiederholt seine Entlassung gegeben. Derselbe soll nur noch einstweilen bis zur definitiven Besetzung seiner Stelle das Amt des Polizeipräsidenten verwalten.

In gewissen Kreisen, in denen man immer viel zu combiniren pflegt, unterhält man sich seit einigen Tagen über eine geheime Correspondenz des Kaisers von Rußland mit Ludwig Bonaparte, deren Vermittler der Herzog von Leuchtenberg sein soll. Man erzählt, der Zar wünsche die Dictatur oder wo möglich ein Kaiserthum Bonaparte, er sei überzeugt, daß die Zeit der ältern wie der jüngern Bourbons vorüber, und russisches Geld sei es, das die bonapartistischen Redner auf den pariser Boulevards bezahle. Man will sich russischerseits einem Kaiser oder Dictator Ludwig Bonaparte gegenüber bereit erklären, Polen freizugeben, und sich hierfür im Orient entschädigen. Ebenso hofft man England, dem man wie Frankreich Eroberungen im Orient, besonders einen Theil Aegyptens überlassen will, zum Einverständnis zu bewegen. Wer will in der jetzigen Zeit bestimmen, wie weit das im Innern ruhige Rußland seine Politik ausdehnt?

In Dänemark ist Dr. Lehmann und mit ihm die Partei des Kriegs durch die Friedenspartei in den Hintergrund gedrängt. Einem gestern Nachmittag aus Flensburg eingelaufenen Privatbriefe zufolge ist ein großer Waffenstillstand projectirt, nach welchem sich die deutschen Truppen bis Altona zurückziehen sollen und Schleswig-Holstein gänzlich räumen werden. Von Hansemann erzählt man sich heute, daß er nur unter der Bedingung, daß der König wieder nach Berlin zurückkehre, die Bildung eines Ministeriums übernommen habe. Gewiß ist es, daß eine Deputation des hiesigen Magistrats nach Potsdam gegangen, um den König zu bitten, seine Residenz wieder in Berlin aufzuschlagen. Der König hat versprochen, Montag hierher zurückzu-

kehren. Auch die Mitglieder des fünften Wahlbezirks haben diese Angelegenheit zu der ihrigen gemacht. — Die freiburger Papiere, deren Inhalt von der Kölnischen Zeitung mitgetheilt wurde, haben hier zu Verdächtigungen vielfach Anlaß gegeben. Leute machten sich ein Geschäft daraus, von Zeit zu Zeit einen Extract aus jenen Papieren in die hiesigen Zeitungen inseriren zu lassen und dabei auf die Gefährlichkeit von Männern wie Reichenbach, Jung und Meyen hinzuweisen. Wie wir erfahren, haben sie endlich reussirt, denn es soll die Einleitung einer Untersuchung gegen die genannten Personen im Werke sein.

Der vergeblichen Ministercombinationen ist man hier so müde geworden, daß man sich wenigstens nicht mehr damit abgibt, sie zu fixiren. Die Vertheilung von Ministerlisten hat aufgehört. Die neueste mündliche Tradition, die wenigstens so viel für sich haben wird, als alle bisherige, ist folgende: Auerwald Conceilpräsident; Milde mit irgend einem Adjuncten, etwa Berends, Arbeit; Robbertus hofft man für das Innere zu gewinnen (Waldeck oder Kirchmann würde man vorziehen, wenn sie die directen Wahlen aufgeben wollten), Hansemann Finanzen; Esser ist für die Justiz vorgeschlagen, doch wenig Chancen; der ausgezeichnete rheinische Advocat Regnier wird sehr gewünscht, doch ist er ultramontan und deshalb anstößig. Daß Hr. v. Schleinitz und Hr. v. Schreckenstein in ihren Stellen verbleiben, soll der König ausdrücklich zur Bedingung gemacht haben. — Bornemann, der hier von allen Parteien gleich geschätzt wird, sagte neulich, als sehr viele Mitglieder der Linken sich in seinem Salon eingefunden hatten, zu einigen derselben: Meine Herren! Dieser Abend ist der schönste meines Lebens! Ebenso spricht man von einer Aeußerung des Gouverneurs v. Aschoff: Sobald die Russen die Oder überschreiten, wird Preußen seine Position jenseit der Elbe nehmen. Hier sucht man freudig jede irgendwie liberale Redensart der höhern Beamten aufzugreifen, um dem Volke zu zeigen, daß man in Wahrheit liberal sei; in unserm kleinen Nachbarstaate Anhalt-Dessau lenkt inzwischen das freisinnige Ministerium Habicht-Köppen (ein Kind der Märzrevolution, welche es nicht verläugnet) mit fester Hand das Staatsruder. Consequent das Princip der Revolution durchführend, zeigt es, wie in dem rückhaltlosen Eingehen auf die Forderungen des Volks die Gewähr für eine ruhige politische Entwicklung in den Schranken der Ordnung liegt. Mit wahrhafter Begeisterung werden alle Erlasse des Ministeriums aufgenommen. Vorzüglich war es der Verfassungsentwurf, der die Dessauer für dieses Ministerium inflammirte, das umgeben von reactionären Bestrebungen stark und fest die Bahn des Fortschritts wandelt, ohne einen Augenblick zu wanken oder zu zögern.

Berlin, 23. Jun. Die Zeitung des Großherzogthums Posen enthält folgendes Publicandum des Oberpräsidiums: Der Justizcommissar Ahlemann zu Samter fodert in der Beilage der hiesigen Deutschen Zeitung von heute zu einem Zuge nach Berlin auf, um die Aufrührersausbrüche, welche sich dort kundgegeben, kämpfend zu unterdrücken. Die ganze Fassung des Aufrufs ergibt, daß es Absicht ist, bewaffnete Mannschaften zu sammeln und in Berlin nach Umständen von den Waffen Gebrauch zu machen. Als nächste Veranlassung zu diesem Aufrufe werden die Vorfälle angeführt, welche sich am 14. d. M. in Berlin ereignet haben. Je mehr es den Gefühlen jedes Rechtlichen und Gutgesinnten entsprechen muß, zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung jederzeit nöthigenfalls mit eigener Hand Hülfe zu leisten, und je mehr Jeder sich gedrungen fühlen würde, bei so beklagenswerthen Ereignissen, wie jene in Berlin, nach Kräften zu helfen, um dem Gesez Anerkennung zu verschaffen, um so eher kann es geschehen, daß Viele dem oben erwähnten Aufrufe Folge leisten, und deshalb achte ich es für Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Nothwendigkeit solcher Hülfe eben so wenig eingetreten ist, als diese Hülfe auf dem eingeschlagenen Wege erreicht werden kann. Es ist bekannt, daß das hohe Staatsministerium bereits Mittel ergriffen hat, um die Ruhe in Berlin zu sichern und ähnlichen Ausbrüchen vorzubeugen; ich darf voraussetzen, daß Jeder, dem es wahrhaft um die Freiheit des Staates zu thun ist, sich den Anordnungen der höchsten gesetzmäßigen Behörde des Landes fügen wird. Jedes eigenmächtige einseitige Handeln könnte nur zur Willkür, zu dem Uebel, was wir Alle meiden wollen, zur Anarchie führen. Es wäre aber jener bewaffnete Zug nach Berlin nicht bloß nutzlos und gefährbringend, er wäre auch strafbar. Nach dem Allgem. Landrecht darf Niemand bewaffnete Leute zusammenbringen, der nicht vom Staate dazu ausdrücklich bevollmächtigt ist. Ich warne daher Jeden, sich jenem Zuge anzuschließen. Posen, 21. Jun. 1848. Der Oberpräsident des Großherzogthums Posen. In Vertretung: v. Kries.

Ehe diese Warnung ihre Wirkung thun konnte, hatte derselbe Justizcommissar Ahlemann schon eine weitere Bekanntmachung veröffentlicht, welche in der Beilage derselben Nummer abgedruckt ist, vom 20. Jun. datirt, und in welcher er anzeigt, daß das Corps am 26. Jun. von Samter ausrücken und sich in drei Colonnen nach Berlin dirigiren werde. Wir vernehmen, daß die Regierung sofort die kräftigsten Maßregeln ergriffen hat. Der Landrath von Paza ist angewiesen worden, diesem Zuge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten, auch zu diesem Zwecke, wenn nöthig, militairische Beihülfe zu erfodern, sowie das dortige Generalcommando ersucht worden ist, die betreffenden Truppenbefehlshaber mit entsprechender Anweisung zu ver-

sehen. Auch ist dem Land- und Stadtgericht zu Samter von der Sache Kenntniß gegeben und demselben die Einleitung einer Untersuchung anheimgestellt. (Pr. St. A.)

Berlin, 22. Jun. Aus sicherer Quelle dürfen wir melden, daß die Gerüchte wegen bedrohlicher russischer Truppenansammlung an der Grenze unsers Staats, sowie wegen kriegerisch lautender in neuerer Zeit eingegangener Noten Rußlands aller Begründung entbehren. — Heute sind zwei Bataillone des 19. Regiments hier einmarschirt. Am 18. Jun. sanken auf dem Marsche von Stenzewo nach Schmiegel 17 M. und ein Unteroffizier in Folge der großen Hitze todt nieder. (Berl. Z.)

Halle, 23. Jun. Infolge der vom Cultusministerium getroffenen Anordnung, die Reorganisation der Schule durch Kreisversammlungen der Lehrer zu vermitteln, fand am gestrigen Tage für die Immediatstadt Halle unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vertram eine solche Versammlung statt. Man stritt sich von vorn herein: ob auch die als Hülfslehrer fungirenden Theologen an den Franke'schen Stiftungen zulässig und stimmberechtigt seien? welche Frage bei der Abstimmung dahin beantwortet wurde, daß die betreffenden Hülfslehrer auf die allgemeinen Beschlüsse nicht influiren; wohl aber ihre Wünsche separat abgeben könnten. Dieser Beschluß veranlaßte den größten Theil der Theologen, unter denen auch statutgemäß stimmberechtigte ordentliche Lehrer waren, nachdem sie bereits längere Zeit an der Debatte sich betheiligelt hatten, den Saal plötzlich zu verlassen. Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen überhaupt steht im Einklange mit den freisinnigen Beschlüssen der großen Lehrerversammlungen zu Halle und Magdeburg. Der Oberbürgermeister hat übrigens einen so ausgezeichneten parlamentarischen Takt und eine für das Wohl der Lehrer so warme Gesinnung bewiesen, daß ihm als ein Zeichen, wenn auch nur geringer Anerkennung, von den Lehrern eine Serenade gebracht wurde.

Glogau, 21. Jun. Daß Thorn und Danzig in Belagerungszustand erklärt sind, ist aus den öffentlichen Blättern bekannt. Auch hier ist bereits der vorläufige Befehl eingetroffen, Alles vorzubereiten, um Glogau in Belagerungszustand zu erklären. Zu dem Ende werden nur noch die letzten Ordres erwartet, um den Einwohnern anzukündigen, daß sie sich auf sechs Monate zu verproviantiren haben, und daß, wer dies nicht vermöge, die Festung räumen müsse. Daraus geht klar hervor, daß wir uns gegen eine Eventualität, die uns von Osten her bedroht, gefaßt machen. Gestern traf das 19. Regiment von Posen hier ein. Es besteht fast ganz aus Polen und wird vorläufig mit der Eisenbahn nach Magdeburg abgehen. Leider hat dieses Regiment bei der starken Hitze der vergangenen Tage über 20 M. verloren, welche auf dem Marsche hinfielen und sogleich starben.

Breslau, 20. Jun. In einer gestern stattgehabten Versammlung der Militairpflichtigen, wol 400 an der Zahl, wurde beschlossen, eine Adresse an die Nationalversammlung in Berlin zu richten, des Inhalts, daß, da durch die Revolution vom März eine neue Grundlage für Civil und Militair gegeben worden, die in die Armee Eintretenden nicht mehr nach der alten Eidesformel für die unumschränkte Monarchie vereidigt werden möchten. Die Petenten verlangen, bis zum Erscheinen der neuen Verfassung auf die vom Könige gemachten Verheißungen den Eid zu leisten. (S. Z.)

Von der preussisch-russischen Grenze, 18. Jun. Auf höhern Befehl sind in allen unsern der russischen und auch der polnischen Grenze belegenen Orten, in denen Zeughäuser sind, zum Schuß derselben Landwehrcompagnien zusammengezogen. Neuerdings soll nun auch die Ordre ergangen sein, daß die ganzen Landwehrrégimenter mobil gemacht werden. (Berl. Z.)

— Die Breslauer Zeitung enthält ein Schreiben von der polnischen Grenze vom 19. Jun., in welchem ein glaubwürdiger Kaufmann aus Gollub (3 Meilen von Thorn) berichtet: Ueber den Fluß Drenenz bei Gollub führt bekanntlich eine halb zu Preußen, halb zu Rußland gehörende Brücke, welche auch die Farben beider Staaten führt. Bei dieser unmittelbaren Nähe der Grenze findet daher auch, trotz der seit mehren Wochen von Rußlands Seite eingetretenen strengen Absperrungsmaßregeln, dennoch ein reger Verkehr nach und von Rußland-Polen statt; namentlich kommen alle Sonn- und Feiertage eine Menge russisch-polnischer Landleute herüber, um unsere Kirche und sodann unsere Schnapsläden zu besuchen. Ebenso ist es nichts Ungewöhnliches, russisches Militair, welches die seichte Drenenz durchwatete, in unsern Schenken tapfer zechen zu sehen. Bei einer solchen Gelegenheit erfuhr der Berichterstatter, daß jenseit der Grenze bis Niżawa hin mindestens 60,000 Mann Russen und Kosacken nebst 6 bis 8 Bataillonen Geschütze ständen. Ein russischer Wachtmeister versicherte, daß, wie er aus dem Munde eines russischen Generals (v. Bohlen) vernommen, noch bedeutende Verstärkungen binnen wenigen Tagen erwartet würden, an der ganzen Grenze überhaupt 200,000—250,000 Mann mit verhältnißmäßig starker Artillerie vertheilt wären, welche sämtliche Truppenmassen bestimmt seien, das aufrührische Deutschland, vornehmlich Preußen in Schranken zu halten! — Die herüberkommenden Russen betragen sich übrigens sehr anständig, scheinen mit Geld gut

versehen zu sein, und einzelne Fälle, wo stark angetrunkene Russen nicht bezahlen wollten und in der Trunkenheit zu verfallen gaben, „man möchte sich bei Zeiten an die Herrschaft der Russen gewöhnen, wenn das Leben noch lieb sei,“ dürften wol keiner besonderen Beachtung werth sein. Die Stimmung unserer Bevölkerung ist bei den nur sehr geringen Vertheidigungsmaßregeln unserer Regierung natürlich sehr gereizt, da der einfachste Landmann einseht, daß die Russen, sobald sie eindringen, unsere Herren sind, und ihnen kein Hinderniß entgegensteht, in beliebigen Richtungen weiter zu schreiten. Noch bemerkt der Berichterstatter, daß die russische Artillerie täglich Schießübungen abhält, wovon der Schall leider nicht sehr erfreulich über die Grenze dringt.

Oesterreich.

Wien, 20. Jun. Wir haben Erzherzog Johann schon früher als Denjenigen bezeichnet, der durch seine Gesinnungen über den Parteien steht und durch die gediegenste Bildung und Urtheilsreife wie kein Anderer berufen erscheint, die Interessen des Landes wie der kaiserlichen Dynastie zu vertreten und wo möglich in Uebereinstimmung zu bringen. Sollte aber ein Conflict nicht zu vermeiden sein, so erachten wir in seinem Herzen die erstern überwiegend. Wie selten ein Prinz, hat er mit dem Volke gelebt und seinen Umgang vorzugsweise in demselben gesucht, ja selbst die Bande der Liebe und Ehe mitten unter ihm geknüpft. An diesem festen Willen prallten alle Hofkünste ab, und Kaiser Franz, höchstseligen Angebens, mußte sich darein finden, die schöne Postmeisterstochter aus Austerlitz als seine Schwägerin mit sauerfüßer Miene zu begrüßen. Nur Metternich, plus royaliste que le Roi, konnte sich nicht dazu verstehen, des Prinzen Erstgeborenen zum Herzog von Mödling zu machen. Dieser mußte sich mit dem Titel eines Grafen von Meran begnügen. Erzherzog Johann's Gemahlin, Baronin Brandhof, wird uns von guter Hand eben so gesinnungsvoll als klug und umsichtig geschildert und wußte durch ihr taktvolles Benehmen stets eine sehr würdige Stellung einzunehmen. Das Alles kommt uns nun gar gut zu statten, die Noth treibt auch in den höchsten Regionen, das Privilegium des Geistes allen andern voranzustellen. Und so allein kommen wir vorwärts, wenn auch der Weg hier und da über Leichen geht. Hier freilich geht alles wunderbar friedlich ab, und die Nationalgarde bekommt nur müde, aber keine zerschlagenen und zerschossenen Beine. Die Arbeiter probirten's ein Mal wieder, und wieder zeigte man ihnen die Zähne. Unter den Bürgern ist man damit nicht allgemein zufrieden, und sie verlangen Züchtigung der Frechen, die sich an ihrer Ruhe vergreifen. Aber anders denken die Besonnenen, die da wissen, daß Blut eine Saat ist, welche fruchtbar aufgeht. Von Prag lauten die Nachrichten trübe; die Ruhe sei zwar dort hergestellt, allein, wie Viele besorgen, die Ruhe eines Kirchhofs. Wenigstens wußte die heimgekehrte Deputation aus Prag viel von Militairdespotismus zu erzählen und entging ihrer Aussage nach nur mit Mühe der Lebensgefahr. Dennoch haben blutige Uebergriffe an heimgekehrten Studenten, auf der Station von Biechowitz verübt, stattgefunden. Die Aristokratie scheint es aufs neue zu verfehlen. Es stand an den Verfehmtesten, sich mit der Demokratie zu versöhnen und Hand in Hand die nationalen Interessen zu verfechten. Nun aber scheint die unselige Parteiwuth wieder die Oberhand gewonnen zu haben, und bevor es zum abermaligen Kampf zwischen Czechen und Deutschen kommen wird, vereinigen sich vielleicht die schroff an einander gerathenen Nationalitäten, um den gemeinsamen Feind der Völkerfreiheit niederzukämpfen.

Aus Oberösterreich wird uns eben Folgendes berichtet: Die Wahlen fallen gut aus, lauter Bauern als Wahlmänner; der Geist im Lande ob der Enns ist entschieden radical, sogar die Prediger sprechen constitutionell von den Kanzeln und beten für den Reichstag. Das ist sogar in Ischl der Fall, das voll Aristokraten steckt, um so mehr anderswo. Beruhigen wir uns, die Zeit dieser Leute ist vorbei; sie wandeln nur noch wie Mumien umher, und der hier herrschende Sannum hilft dazu, sie vollkommen auszutrocknen. Ischl ist nicht eigentlich das Koblenz der Aristokraten, sondern eine Filial-Familiengruft derselben, oder ein Siechenhaus für unbrauchbar gewordene Geister und Nichtgeister. Diese Menschen leben ohne Hoffnungen und Plane, ohne Intriguen und Cabale; sie verzweifeln so an ihrer Sache, daß sie mit erborgter Maske, mit gleißendem Domino ins fremde Lager hinüberlaufen, nicht um dort Verrath zu stiften, sondern um von dort besser zu entkommen.

Wien, 21. Jun. Die Allgemeine Theaterzeitung zeigt die Rückkehr der von Wien nach Prag zu dem Zwecke gesendeten Deputation an, um wo möglich die eigentliche Ursache der prager Conflicte zu erforschen. Die Deputation hat sich dahin ausgesprochen, daß zur Zeit an eine gründliche Lösung dieser Aufgabe aus dem Grunde nicht gedacht werden könne, weil die Aufregung auf beiden Seiten noch zu groß und im Moment nicht zu ermitteln sei, welches Factum die blutigen Conflicte unmittelbar hervorgerufen habe; darüber sind sie jedoch Alle einig: Czechische Wählerereien mit russischem Gelde und der klar ausgesprochenen Absicht, sich von Oesterreich zu trennen und den Gra-

fen Duq
bar vera
wurden
rer eigen
ihnen ab
Soldaten
Proscrip
welche si
das Mit
ther an
der wien
Bewegun
fagen, er
zu haben.
macht ze
Name ist

Prag
gentlich
rungspap
von Seite
liges Lok
Bierwirth
— Mac
nicht verb
schen Tru
— Die l
entschied
durch die

Triest
(3 Fregat
nach der
Stadt Tri
und hält
geankerte
sich derma
können. I
angekauft
rheber ihre
zu hohe
kommen.
gewiesen u
Täglich la
neuen Bat
ten. Die
richtet.

Mail
Hauptquar
gung (Un
nien aus
durch Hrn.
Regierung
fort ihr A
erkeh, weld
sati's best

Mail
über die G
der Höhe d
reicher seien
Pepe ist
Jun. ist da
Perrone,
abmarschirt.
wegung geg

Genue
Triest sei
Widerstande
dagegen doch
für gewisse
Triest, die
in Turin län
nehmen könn
des Plages

— Die of
Anrufen der
ein Decret d
tracht der U
einer über de
jezt suspendi
Rom, 1
pen, die noc

fen Buquoi zum König auszurufen, sei die lange vorbereitete, mittelbar veranlassende Ursache gewesen. Die Mitglieder dieser Deputation wurden unter Militärbedeckung auf die Burg geführt und dort zu ihrer eigenen Sicherheit gefangen gehalten. Auch die Waffen wurden ihnen abgenommen und nicht wieder zurückgestellt. Die Erbitterung der Soldaten soll auf das äußerste gestiegen sein. Es circulirten in Prag Proscriptionen, in denen die Namen Derjenigen bezeichnet waren, welche sich die Czechen als Opfer ihrer Wuth erkoren hätten, wenn das Militär besiegt worden wäre. Graf Leo Thun soll zum Verräther an beiden Parteien geworden sein. Fürst Windisch-Grätz hat sich der wiener Deputation gegenüber geäußert: Er habe die Fäden der Bewegung bereits in seinen Händen und könne vorläufig nur so viel sagen, er und seine Truppen seien stolz darauf, das Vaterland gerettet zu haben. Graf Walmoden, dem die wiener Deputation ihre Vollmacht zeigte, äußerte sich nach der Durchsicht derselben: „Fischhof, der Name ist gut; Pillersdorf gilt hier nichts.“

Prag, 21. Juni. Der demokratisch-czechische Aufstand sollte eigentlich erst am 15. Jun. losbrechen, wie die gefundenen Verschwörungspapiere ergeben. Eine Bartholomäusnacht gegen die Deutschen von Seiten der Ultraczechen soll im Werke gewesen sein, und ein völliges Losreißen von Deutschland und Oesterreich war beabsichtigt. Der Bierwirth Fasser soll zum zweiten Mal in Pilsen ergriffen sein. (D. Z.)

— Nach Briefen aus **Junsbruck** vom 19. Jun. war dort das Gerücht verbreitet, Rivoli befände sich wieder im Besitze der österreichischen Truppen. — Der Kaiser litt fortwährend an nervösen Anfällen. — Die kroatische Deputation am Hoflager erklärte sich laut und entschieden gegen jeden Antheil an den czechischen Umtrieben in Prag, durch die so Schreckliches herbeigeführt worden.

Triest, 18. Jun. Die sardinisch-venetianische Flotte (3 Fregatten, 3 Corvetten, 4 Briggs, 1 Golette und 4 Dampfer) hat nach der vom Contreadmiral bekannt gegebenen Blockadeerklärung der Stadt Triest, auf 10 Seemeilen von hier in Schlachtordnung geankert und hält alle österreichischen Schiffe auf. Es verlautet, daß die hier geankerte österreichische Flotte die feindliche angreifen soll, sobald sie sich dermaßen verstärkt haben wird, um dieser die Spitze bieten zu können. Mehre große Rauffahrtschiffe sind zu diesem Zwecke hier angekauft und werden ausgerüstet; außerdem sollen noch einige Schiffe ihrer Schiffe gegen Miete angeboten haben, da dieselben aber zu hohe Bedingungen setzten, so ist noch kein Abschluß zu Stande gekommen. Der sardinische Viceconsul Ugabio wurde aus der Stadt gewiesen und hat sich an Bord zu Contreadmiral Albini begeben. Täglich langtes schweres Geschütz von Wien hier an, mit welchem die neuen Batterien besetzt werden, welche bis jetzt 174 Geschütze zählen. Die österreichische Flotte hat 142 Geschütze gegen den Feind gerichtet. (Dester. Bl.)

Italien.

Mailand, 11. Jun. Gestern hat der König Karl Albert im Hauptquartiere zu Garda den Act unterzeichnet, welcher die Vereinigung (Union) der Lombardei mit dem Königreiche Sardinien ausspricht. Dieser Act wurde ihm bis auf die Unterschrift fertig durch Hrn. Casati und zwei andere Glieder der mailänder provisorischen Regierung überbracht. (Nr. 173.) Die provisorische Regierung soll sofort ihr Amt einstellen; sie wird durch eine Regentchaftscommission ersetzt, welche aus Piemontesen und Mailändern unter dem Vorsitze Casati's besteht.

Mailand. Das amtliche Bulletin vom 17. Jun. bringt Berichte über die Gesechte am Stelvio. Man habe sich am 15. Jun. auf der Höhe des Stelvio gegen sieben Stunden geschlagen. Die Oesterreicher seien von den Lombarden zurückgeworfen worden. — General Pepe ist mit seinen wenigen Neapolitanern in Venedig. — Am 17. Jun. ist das erste Bataillon der neu gebildeten lombardischen Division Perrone, die dem piemontesischen Reservecorps sich anschließen soll, abmarschirt. Sobald die ganze Reserve beisammen sei, werde die Bewegung gegen das Venetianische beginnen. (N. Z. Z.)

Genua, 13. Jun. Wenn auch ein heute hier verbreitetes Gerücht, Triest sei von dem Admiral Albini beschossen und nach einem heftigen Widerstande eingenommen worden, eben nur Gerücht ist, so kann ich dagegen doch mit großer Bestimmtheit versichern, daß Admiral Albini für gewisse Fälle den Befehl erhalten hat, den Hafen und die Stadt Triest, die Nebenbuhlerin des hiesigen Plazes, auf die man hier und in Turin längst mit Reid hinblickte, anzugreifen, und wenn er sie nicht nehmen könne, doch nach Möglichkeit zu beschädigen und den Handel des Plazes zu Grunde zu richten. (Klbr. Z.)

— Die officielle Zeitung Venedigs vom 14. Jun. erwähnt von einem Anrufen der französischen Republik (Nr. 175) noch nichts, enthält aber ein Decret der provisorischen Regierung vom 13. Jun., welches in Betrach der Umstände die früher auf den 18. Jun. angelegte Berufung einer über den Anschluß an Sardinien verhandelnden Versammlung für jetzt suspendirt.

Rom, 12. Jun. Gegen 3000 Mann neapolitanischer Truppen, die noch unentschlossen waren, ob sie heimkehren oder über den

Po gehen wollten, wurden von zwei Bataillonen Mailänder und Bolognaesen mit acht Kanonen genöthigt, sich zu erklären, ob sie die Waffen niederlegen oder den Po passiren wollten. Sie wählten das Letztere, worauf sie unter die beiden Bataillone vertheilt wurden. (S. M.)

Frankreich.

Paris, 21. Jun.

Zu Anfang der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung äußerte Hr. Leroux sich heftig gegen den Minister der öffentlichen Arbeiten, Hrn. Trélat, der ihn angegriffen habe, ohne zu wissen warum. Der Minister erklärte, daß er nichts erwidern werde. Von Hrn. Bignerte wurde ein Credit von 100,000 Fr. zum Besten der Opfer der drei letzten Regierungen beantragt. Der Kriegsminister brachte einen Vorschlag ein, wonach der Eintritt in die polytechnische Schule und die Kriegsschule von St. Cyr künftig kostenfrei erfolgen solle. Von Hrn. Lurde angekündigte Interpellationen über die allgemeine Verwaltung Frankreichs werden zum 23. Jun. angesetzt. Die Debatte über den Gesehtentwurf, für die Nationalwerkstätten 3 Mill. zu bewilligen, wurde von Victor Hugo eröffnet, ohne daß derselbe besonderes Glück gemacht hätte. Eine Zwischendebatte über die Finanzen von Paris und andere Abschweifungen verlängerten die Verhandlung, welche mit Bewilligung der 3 Mill. und der Annahme des Zusatzartikels der Commission beendigt wurde, daß künftig nur 1 Mill. auf einmal für die Nationalwerkstätten verlangt werden solle. Zu den Unkosten der Nationalversammlung bewilligte sich dieselbe 2 Mill. Die Verhandlung über das neue Einkommensgesetz wurde auf heute verschoben.

— Die Nationalversammlung war gestern in den Bureaux mit dem Gesehtentwurf über die Mobilisirung von 300 Bataillonen Nationalgarde beschäftigt. Es gab sich keine Meinung dagegen kund. Von Hrn. Drouyn de l'Huys, Präsidenten des stehenden Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, wurde besonders mit auf die russischen Truppenbewegungen hingewiesen. In der Commission über die Credite zu geheimen Ausgaben hat sich ergeben, daß seit dem 24. Febr. bis 1. Jun. von der Regierung 1,200,000 Fr. sogenannte geheime Ausgaben stattgefunden haben. Es wurde geltend gemacht, daß in der Republik nicht wie in der Monarchie geheime Ausgaben bestehen dürften. Gegenwärtig haben sich dieselben sehr vermindert und die Regierung glaubte mit 500,000 Fr. zu diesen Zwecken auskommen zu können.

— Der Architect de Joly hat den Quästoren der Nationalversammlung einen Plan übergeben, um dieselbe mittels eines Rings um das Palais Bourbon zu ziehenden Grabens, gleich dem, welcher den der königlichen Familie vorbehaltenen Garten in den Tuileries abgrenzt, vor einer Ueberrumpelung wie am 15. Mai gänzlich sicher zu stellen.

— Gestern und vorgestern haben in Paris Abends auf dem Plage vor dem Stadthause neue tumultuarische Auftritte unter dem Rufe: Es lebe Ludwig Napoleon, und: Es lebe der Kaiser! stattgefunden. Der ziemlich zahlreiche Haufe tanzte unter solchem Geschrei um den Freiheitsbaum, und ein Vorübergehender, welcher auf die Forderung einzustimmen mit: Es lebe die Republik! antwortete, ward gemishandelt. Die Stadtgarde befreite ihn zwar, konnte aber dem Unfuge kein Ende machen, ja wurde sogar angegriffen. An beiden Abenden mußten mobile Nationalgarde und Linientruppen den Platz räumen. Ein Placat gegen Ludwig Napoleon, welches mit den Worten anhebt: „Es ist eine Schande“, scheint sehr geeignet, diesem thörichten Treiben mit ein Ende machen zu helfen.

— Zwischen der pariser Garnison und der mobilen Nationalgarde herrscht große Spannung. Der Linie bleibt bekanntlich täglich 1 Sous, der mobilen Nationalgarde dagegen ein Reinertrag von 7—14 Sous (nach Abzug aller Unkosten). Diese Soldungleichheit ruft große Erbitterung hervor.

— Der General Clément Thomas hat als Commandant der Nationalgarde von Paris seine Entlassung gegeben. In der Nationalversammlung wurde ihm erklärt, daß er sich durch seine Dienste um das Vaterland verdient gemacht habe.

— Die Schriftsetzer und Drucker von ganz Paris, selbst die des Moniteur, haben in einer vorgestern zu Montmartre abgehaltenen Generalversammlung den einstimmigen Beschluß gefaßt, ihre Arbeiten einzustellen, wenn die Zeitungscantonen, diese Bleigewichte der Pressefreiheit, wieder eingeführt würden. Um die Arbeiter im Fall einer wirklichen allgemeinen Arbeitseinstellung vor Hunger zu schützen, sind Subscriptionen eröffnet. Der Repräsentant du peuple hat für 500 Fr. unterschrieben.

— Einige Blätter hatten die Entlassung des Hrn. Alfred de Mussat von seiner Bibliothekarstelle angezeigt. Darauf wurde in einer Berichtigung vom Secretair des Ministers des Innern dem widersprochen. Jetzt läßt Hr. Alfred de Mussat ein Schreiben vom 8. Mai d. J. abdrucken, worin ihm amtlich angezeigt wird, der Minister habe durch Beschluß vom 5. Mai ihm erlaubt, seine Ansprüche auf den Rücktritt in Ruhestand geltend zu machen. Um aber Rechte wegen des Ruhestandes geltend zu machen, fügt Alfred de Mussat hinzu, hätte er schon Bibliothekar sein müssen, als er anfing lesen zu lernen.

— Aus **Guéret** wird vom 18. Jun. geschrieben, daß sich die Befürchtungen vor weitem Unruhen nicht bestätigt hatten. Die Aufregung des Landvolks sei aber noch groß. Von den bei dem stattgehabten Conflict Verwundeten sind mehre gestorben. Die Einzahlung der außerordentlichen directen Steuer soll übrigens schon in 15 Departements bei einem ansehnlichen Theile der Bevölkerung auf Widerspruch stoßen.

— Frankreich zählt 2,500,000 Weinbauer. Unter ihnen herrscht in Folge der tief gesunkenen Weinpreise und des Mangels an baarem Gelde der Zwischenhändler ein solches Elend, daß man sich auf den Ausbruch einer schrecklichen Krisis gefaßt machen kann, wenn die Republik nicht auch ihnen bald hilfreiche Hand bietet.

— Die **Estafette du Midi** meldet den Ausbruch eines Volksaufstandes in Savoyen. Man stürme in Stadt und Land unter dem Rufe: Es lebe die italienische Republik! Tod dem König Karl Albert!

— Der **National** sagt: Nichts widerspräche wol der allgemeinen Hoffnung auf ein endliches vereinigtes Italien mehr als die Gründung einer Monarchie, die sich nur bis an die Grenze von Toscana erstreckte. Aus den Staaten Italiens einen Bund von Republiken (Föderation) zu machen, lasse sich hören; aber Italien in einen einzigen Staat durch Association der Fürsten verwandeln zu wollen, sei eine Chimäre.

Großbritannien.

London, 20. Jun.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Lord Cochrane bei Lord Palmerston an, ob die aus Frankreich vor Zusammentritt der Nationalversammlung vertriebenen englischen Arbeiter für die von ihnen in den französischen Sparkassen zurückgelassenen Einlagen entschädigt worden seien, und verlangte, wenn das noch nicht geschehen wäre, vom Minister die Vorlage der ganzen Correspondenz, welche deshalb stattgefunden haben möge. Auch wünschte er zu wissen, ob die britische Regierung für die von britischen Arbeitern erlittenen Nachtheile von der französischen werde Entschädigung verlangen. Lord Palmerston erwiderte, daß wegen dieser Angelegenheiten zwischen Lord Normanby und der französischen Regierung seit einiger Zeit Mittheilungen gewechselt worden seien. Die französische Regierung habe die vollständige Rückzahlung der Sparkasseneinlagen britischer Unterthanen angeboten, obgleich für ihre eignen andere Bestimmungen gälten. Allein es sei keine Nachricht von dieser erfolgten Rückzahlung eingegangen und darum erneute Nachfrage angeordnet worden. Auf Sir de Lacy Evans' Anfrage, ob die Regierung nicht den sehr Bedürftigen dieser Arbeiter in Form von Vorschuss auf ihre Ansprüche an die französische Regierung eine Unterstützung gewähren wolle, sagte Lord Palmerston, daß die Regierung sich mit dieser Frage beschäftigen wolle.

Das Oberhaus war gestern mit verschiedenen Irland betreffenden Angelegenheiten und dabei mit von Lord Monteaule beantragten Resolutionen gegen gewisse Anordnungen des irischen Armengesetzes beschäftigt, welche derselbe aber schließlich zurückzog. Im Unterhause wurde nach Erledigung einiger weniger bedeutenden Fragen die vertagte Debatte über die Regierungsvorschläge wegen der Zuckerzölle und der Westindien zu gewährenden Unterstützung wieder aufgenommen. Gegen die Vorschläge gingen mehre Bittschriften ein und Sir F. Palington beantragte als Amendement: das Haus erkläre in Betracht der im Laufe der jetzigen Session von einem Specialcomité bewirkten Ermittlungen, daß die Vorschläge der Regierung zur Abhülfe der großen Drangsale der zuckerbauenden Besitzungen der britischen Krone, die nach jenem Comité sofortiger Unterstützung bedürfen, weder diesem Zwecke genügen noch der Anregung zum Sklavenhandel Einhalt thun werden, welche offenbar Folge der Verminderung des Zuckeranbaues in jenen Colonien gewesen sei. Der Antragsteller erklärte namentlich den von der Regierung vorgeschlagenen sinkenden Differenzialzoll auf Zucker (Nr. 174) ganz unzulänglich. Sir E. Buxton unterstützte dieses Amendement, von welchem der Schatzkanzler erklärte, daß er darin, sowie in den Reden des Antragstellers und Unterstützers desselben leider nichts finden könne, was einem bestimmten Vorschlage zur Verbesserung der gemachten ähnlich sehe. Wenn Hr. Buxton auf die Ausschließung des mit Sklaven gebauten Zuckers vom englischen Markt zurückkomme, so müsse er ihm einhalten, daß das Parlament sich dagegen, sowie gegen einen beständigen hohen Differentialzoll längst entschieden habe. Hr. Hume glaubte, wenn man das Geschwader zur Verhinderung des Sklavenhandels zurückziehe und den Aufwand dafür Westindien zu Gute kommen lasse, werde dasselbe sich in zehn Jahren wieder in voller Blüte befinden. Die Debatte wurde endlich zum 22. Jun. vertagt. Die Bill zur Verbesserung der städtischen Gesundheitspolizei wurde zum dritten Male gelesen und passirte unter großem Beifalle des Hauses.

— Der erste Jahrestag der Thronbesteigung der Königin Victoria ist heute mit dem gewöhnlichen Glockengeläute und mit Geschäftsalben festlich ausgezeichnet worden.

— Der Herzog v. Wellington gab das jährliche Banket zum Gedächtniß der Schlacht bei Waterloo des Sonntags wegen, auf welchen der eigentliche Tag traf, erst gestern am Tage danach. Der Gemahl der Königin, Prinz Albert, und der Pfarrer von Strathfieldsaye, ein Neffe des Herzogs, waren die Einzigen, welche unter den 84 Gä-

sten nicht bei Waterloo mitgefochten hatten. Der hannoversche Minister Graf Kielmansegge und der neapolitanische Fürst von Castellicala repräsentirten die nichtenglischen Waterloo-Kämpfer. Der Herzog brachte nach den Toasten auf die Königin, ihren Gemahl, das Heer von Waterloo und andern auch welche auf die hannoverschen Truppen bei Waterloo und auf die bei Waterloo mit England alliirten Souveraine aus; den ersten erwiderte der hannoversche, den andern der neapolitanische Gesandte.

— Zehn von den bei den jüngsten tumultuarischen Auftritten in London verhafteten Personen sind vor Gericht gestellt, von der Jury schuldig befunden und darauf zu Strafen von 9—12 Monat mit Zwangsarbeit verurtheilt worden. Die fünf angeklagten Chartistenführer Jones, Fussell, Williams, Sharpe und Vernon werden erst in nächster Woche vor Gericht kommen. Sie sind jetzt gegen Bürgschaft ihrer Haft entlassen worden.

— Es fällt auf, daß seit einigen Tagen der Name von Ludwig Napoleon nicht mehr unter den von den Zeitungen regelmäßig aufgezählten aristokratischen Besuchern des Theaters der Königin zu finden ist.

— Der Hafenadmiral von **Portsmouth**, Sir Charles Dagle, ist gestern mit dem Dampfschiff Lightning mit dem officiellen Auftrage nach den Kanalinseln Jersey, Guernsey u. s. w. abgegangen, um die dort im Gange befindlichen Befestigungsarbeiten zu inspiciiren. Das Salisbury Journal erwähnt, daß jetzt auch vom Eingange des Hafens von Weymouth starke Batterien errichtet werden sollen.

— Bei **Falmouth** allein liegen jetzt 40 nach deutschen Häfen bestimmte Schiffe, die wegen der dänischen Feindseligkeiten die Reise nach ihrer Bestimmung nicht fortsetzen können.

— Das Morning Chronicle meldet, Hr. v. Hummelauer werde aus Wien erwartet, um die Intervention Englands für einen Großherzog anzusprechen, den man an die Spitze des einigen Italiens an Karl Albert's Stelle setzen wolle!

— Aus **Dublin** wird unterm 17. Jun. geschrieben, daß die Presse der Conföderirten Schritt halte mit der immer drohender sich herausstellenden militairischen Organisation der Clubs, deren Anzahl in Dublin allein gegen vierzig sei. Jeden zu 300 Mitgliedern ange schlagen, gibt 12,000 Mann, die wöchentlich wenigstens ein Mal sich versammeln, um in den Waffen geübt zu werden. Die Graffschaft Dublin solle unverzüglich ebenso organisiert werden und Agenten der Conföderirten würden dazu von Dublin ausgesandt werden. Die neue irische Ligue soll Irland gegen England auftreten machen, nicht bloß eine irische Partei gegen eine Regierung. In Derry wird eine große Repealversammlung aller Farben vorbereitet. Die Conföderirten, die alten Repealer, die protestantischen Repealer werden vertreten sein. Aus Tipperary enthält die „Nation“ Klagen der ländlichen Bevölkerung, daß sie der durch Proclamation der neuen Bill zur Verhütung von Verbrechen in dieser Graffschaft erschwerten Waffenanschaffung wegen nicht so schnell sich wehrhaft machen könne als in andern Theilen des Landes, wo jene Ausnahmegesetze nicht gelte. Die Unterhausmitglieder und alten Repealer J. G. Talbot, R. Maher und John Reynolds, welche gegen Auflösung des Repealvereins und dessen Vereinigung mit den Conföderirten Protest eingelegt haben, werden von den Beförderern der Vereinigung arg mitgenommen.

Niederlande.

Bei der Wiedereröffnung der II. Kammer der Generalstaaten ist am 20. Jun. eine königl. Botschaft in Begleitung von zwölf Gesandten über Reform des Grundgesetzes eingegangen. Eine andere Botschaft betraf einen Gesandtenwurf über Aufhebung der Strafen durch Brandmarken.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 17. Jun. Man gibt die Zahl der in diesem Frühjahr von ihrem temporären Urlaube zum activen Dienst einberufenen subalternen Krieger auf 150,000 an. Von diesen wurden an 60,000 Mann den regulären Truppen eingereiht, aus den Uebrigen wurden besondere Reservedetachements formirt. Allgemein bewundert man die außerordentliche Disciplin, die diese enormen Kriegermassen auf den oft fernem Marschen von ihrer Heimat bis zu ihren Sammelplätzen beobachteten. Von allen ist bis jetzt nur Ein widergesehlicher Austritt bekannt geworden: ein Soldat desertirte während des Marsches von seinem Commando. Hr. v. Uwaroff, Minister des öffentlichen Unterrichts, auf einige Zeit beurlaubt, verwendet diesen Urlaub zur Inspection der Lehrbezirke. Vor wenigen Tagen von einem der Universität Dorpat gegebenen Besuche zurückgekehrt, geht er in den nächsten Tagen zu den übrigen Universitäten ab. Die interimistische Verwaltung seines Ministeriums hat unterdessen sein Gehülfe, der Fürst Schichmatoff übernommen.

Handel und Industrie.

Frankfurter Börse, 22. Jun. Dest. Blact. 1000; 250 Fl. L. 57 1/4; 500 Fl. L. 90 1/4; Bair. 3 1/2 pc. 70; Bad. 50 Fl. L. 37; Darmst. 50 Fl. L. 52 3/4; 25 Fl. L. 17 1/2; Kass. 25 Fl. L. 17 3/4; Sard. 19; Kurhess. 20 1/4. Disc. 2 1/2. Launusb. 258; Nordb. 32 1/4; Verb. 52 1/2.

Wiener Börse, 21. Jun. Blact. 1030; Met. 5pc. 68 1/2; 4pc. 55; 3pc. 40; 500 Fl. L. 111; 250 Fl. L. 70; Nordb. 98 3/4; Olog. 89; Mail. 65; Rivorn. 65 1/2; Pestb. 60.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Selbst
erschien
zu be
Wollan

Deutlich

* Fra
provis
Berich
carde.
tag.

Das
bedesf
gusten
Verfan
neller
terhan
Kanor

Preuß
im Po

v. Bo
lichen
Arbeit
König
haftun

Deffern
namst
Russen
Prager

** Fr

Discusst
gewalt h
nung ist
zwar reh
eigentlich

der Par
stehen sic
Fürst Lid
er nur d

sprochen
sprach) d
fab, bek
Beschluss

darf, fest
der Recht
erster Rel
Einführung

dem Sch
tere. Se
heit der C
lerei, das
rungen un

walt der
andere G
stehen. Er
„Die Vol
dagegen

ruft er de
schmettern.

Abg.
Reaction,
Freunde d
Mängel u

kann. S
sei es and
der Wunf
persönliche

Abg. v. B
lassen, un
Wärdisler
möglichst

sammlung
wegdisputi
stellen. Er
wie die deu

*) Bort